



Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung

89. Sitzung (öffentlich)

8. Dezember 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:02 Uhr bis 12:38 Uhr

Vorsitz: Georg Fortmeier (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1	Aktuelle Viertelstunde gem. § 60 GO LT NRW (beantragt von der Fraktion der AfD [s. Anlage 1])	6
2	Auswirkungen von Corona auf die Unternehmen in NRW	11
	Bericht der IG Metall (s. Anlage 2) und der NGG	
	– mündlicher Bericht der Landesregierung	
	– Wortbeiträge	
3	Umsetzungen der Empfehlungen der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung	34
	– mündlicher Bericht der Landesregierung	
	– Wortbeiträge	

- 4 Lage der Automobilzulieferindustrie in NRW (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])** **37**
- Vorlage 17/6065
- Wortbeiträge
- 5 Innovationsraum Innenstadt und Einzelhandel im Strukturwandel stärken** **38**
- Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/13765
- Stellungnahme 17/4513
Stellungnahme 17/4499
Stellungnahme 17/4503
Stellungnahme 17/4505
Stellungnahme 17/4507
Stellungnahme 17/4502
Stellungnahme 17/4504
Stellungnahme 17/4521
Stellungnahme 17/4524
- Ausschussprotokoll 17/1632 (Anhörung vom 12.11.2021)
- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD bei Enthaltung der SPD-Fraktion zu.
- 6 Innenstädte – neue Räume für die Zukunft** **39**
- Antrag
der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/14262
- Stellungnahme 17/4513
Stellungnahme 17/4499
Stellungnahme 17/4503
Stellungnahme 17/4505

Stellungnahme 17/4507
Stellungnahme 17/4502
Stellungnahme 17/4504
Stellungnahme 17/4521
Stellungnahme 17/4524

Ausschussprotokoll 17/1632 (Anhörung vom 12.11.2021)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD-Fraktion ab.

7 Risikopotentiale für Extremwetterereignisse identifizieren – Vorbeugende Maßnahmen für zukünftige Flutkatastrophen zügig umsetzen 40

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/14950

Stellungnahme 17/4497
Stellungnahme 17/4509
Stellungnahme 17/4501
Stellungnahme 17/4438
Stellungnahme 17/4514
Stellungnahme 17/4517
Stellungnahme 17/4523
Stellungnahme 17/4464

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

- 8 E10-Kraftstoff zerstört die Umwelt und sorgt für steigende Lebensmittelpreise – 10 Jahre CDU-Biokraftstoffquote jetzt beenden 41**
- Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/15259
- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.
- 9 Wie stellt sich der Abruf von der Landesregierung aus dem Corona-Rettungsschirm für Klimaschutz bereitgestellten Mittel dar? (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 4]) 42**
- Vorlage 17/6135
- Wortbeiträge
- 10 Verschiedenes 43**
- a) **Informationsfahrt am 18. und 19. Januar 2022 zum Strukturwandel im Rheinischen Revier 43**
- b) **Organisatorisches 43**

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Georg Fortmeier erinnert an die Vereinbarung, den Empfehlungen des pandemischen Krisenstabs Folge zu leisten und in Fraktionsstärke abzustimmen.

1 Aktuelle Viertelstunde gem. § 60 GO LT NRW (beantragt von der Fraktion der AfD [s. Anlage 1])

Vorsitzender Georg Fortmeier: Mit Schreiben vom 6. Dezember hat die AfD-Fraktion gemäß § 60 der Geschäftsordnung eine Aktuelle Viertelstunde für die heutige Sitzung mit dem Titel „Pyrotechnische Industrie vor dem Aus – Welche Auswirkungen hat das sogenannte Böller-Verkaufsverbot auf die Arbeitsplätze der pyrotechnischen Industrie insbesondere in Nordrhein-Westfalen?“ beantragt.

Die Redezeiten der Aktuellen Viertelstunde orientieren sich gemäß § 60 Abs. 4 der Geschäftsordnung an der Aufteilung der Redezeiten bei der Unterrichtung. Heruntergebrochen auf die Aktuelle Viertelstunde in unserem Ausschuss sind das für CDU, SPD und die Landesregierung jeweils drei Minuten und für die Fraktionen von FDP, Grünen und AfD jeweils zwei Minuten. Wir haben das auch schon einige Male so praktiziert. – Weil die AfD die Aktuelle Viertelstunde beantragt hat, erteile ich zunächst Herrn Abgeordneten Loose das Wort. Ich starte meine Stoppuhr und werde darauf hinweisen, wenn die zwei Minuten um sind. Herr Loose, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Christian Loose (AfD): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Allein bei Weco stehen 400 Arbeitsplätze auf dem Spiel, bei NICO in Wuppertal sind es 50. Das ist nur der Fall, weil der CDU-Ministerpräsident Wüst glaubt, dass Menschen, die sich zu Silvester draußen an der frischen Luft aufhalten und Raketen in die Luft schießen, die Krankenhäuser überlasten und zu viel Feinstaub produzieren würden. Dabei ist insbesondere das Feinstaubargument längst widerlegt.

Herr Wüst spricht damit ein Berufsverbot aus willkürlichen Gründen aus. Da wird einem angst und bange um unsere Demokratie. Herr Wüst verkündet das Verkaufsverbot mit dem Zusatz, dass dies ein Mindeststandard sei. Solche Worte lassen befürchten, dass die nächste Regierung, wer auch immer das sein wird, im nächsten Jahr keine Rückkehr zum Feuerwerk mehr zulassen wird. Das ist der Todesstoß für Hunderte von Beschäftigten.

Von den anderen Parteien kommen nur weichgespülte Worte. Man sei in einem intensiven Austausch mit der Staatskanzlei, den zuständigen Stellen in Berlin und der Firma Weco, sagen Herr Franken und Herr Krauß von der CDU. Besser wäre es wohl gewesen, vor diesem Verbot in einen intensiven Austausch mit ihrem eigenen Ministerpräsidenten – ebenfalls von der CDU – zu treten.

Das ganze Manöver kann man nur noch als Vortäuschung einer Hilfeleistung bezeichnen. Dass die SPD auch nicht zurück zu Spaß, Lebensfreude und Feuerwerk will, zeigt die völlig abgehobene Aussage des Studienabbrechers, Teilzeitpersonaltrainers und jetzigem Bundestagsmitglied Sebastian Hartmann. Der Mann, übrigens auch ver.di-Mitglied, empfahl Weco, doch lieber das Geschäftsfeld zu wechseln. Er hat keinen Berufsabschluss und kein Studium – nichts vorzuweisen –, meint dann aber, einem erfolgreichen Unternehmer zu empfehlen, besser den Job zu wechseln. Von solchen Leuten braucht die Industrie sicher keine Ratschläge.

Björn Franken (CDU): Herr Vorsitzender! Man hat an der Stellungnahme der AfD gerade merken können, worum es geht: Man wirft einfach mal mit einem bisschen Schmutz und hofft, dass was hängen bleibt. Mit der Sache haben die Ausführungen überhaupt nichts zu tun. Herr Wüst muss diese Dinge natürlich erklären, weil er der Vorsitzende der MPK ist. Insofern ist er da in der Pflicht, die Beschlüsse zu verkünden.

Diejenigen, die sich tatsächlich mit dem Thema auseinandergesetzt haben, wissen, dass Nordrhein-Westfalen ganz vorne in der Bewegung stand, als es schon im letzten Jahr um die Verhandlungen zur pyrotechnischen Industrie ging. Damals standen schon Wochen vorher die ersten Probleme im Raum.

Wir haben hier intensiv gearbeitet, und ich weiß, dass auch unser Ministerpräsident mit dem Chef der Staatskanzlei auch in dieser Runde wieder versucht hat ...Man hat sich auf alle Szenarien vorbereitet. Aber aus Sachsen und Bayern kamen entsprechende Forderungen, denen in großer Runde nicht zu widersprechen war. Eine Leistung dieser Landesregierung ist es, dass wir dieses Mal eine explizite Formulierung im Abschlusspapier haben, die Sonderhilfen für die pyrotechnische Industrie vorsieht. Insofern sind wir in diesem Jahr ein großes Stück weiter als im letzten Jahr. Ganz klar ist, dass Hilfen in dieser Form nie genug sein können. Hier muss man aber mit der Verantwortung umgehen, dass es sich um Steuergelder handelt.

Wir stehen schon seit Wochen im Austausch mit der Geschäftsführung, aber auch mit der Landesregierung und mit unseren Kontakten in Berlin. Ich weiß, dass auch der Wirtschaftsminister in einem intensiven Austausch steht, um das Maximale für die Firma Weco in Eitorf bzw. für die ganze Branche herauszuholen. Insofern sind Ihre Versuche, dem Ministerpräsidenten irgendwas zu unterstellen, völlig fehl am Platz.

Frank Sundermann (SPD): Herr Vorsitzender! Wir haben es mit einer Industrie zu tun, die das Problem hat, dass 90 % ihres Umsatzes innerhalb von 30 Minuten eines Jahres genutzt werden. Insofern ist es richtig und wichtig, auf die Problematiken, die diese Industrie durch Corona hat, gesondert zu schauen. Der Kollege hat gerade erwähnt, dass diese Situation im Zusammenspiel zwischen Bund und Land erkannt worden ist. Insofern ist es richtig, dass man sich damit auseinandersetzt.

Nicht richtig ist die Art und Weise, wie sich die AfD damit auseinandersetzt. Sie erwecken den Eindruck, als ob Ihnen das Unternehmen und die Mitarbeiter am Herzen liegen. Wenn das wirklich so wäre, dürften Sie hier nicht so einen klamaukigen und übrigens auch ehrabschneidenden Auftritt hinlegen, sondern dann würden Sie sich ernsthaft mit den Menschen auseinandersetzen.

Ich will an dieser Stelle darauf hinweisen, warum es zu dieser Entscheidung gekommen ist. Wir haben laut Deutschem Ärzteblatt im letzten Jahr rund um Silvester 8.000 verletzte Leute gehabt. Ein Großteil davon ist auch in Krankenhäuser gekommen. Sie kommen in Krankenhäuser, die vermutlich – leider – auch am 31. Dezember dieses Jahres überlastet sind. Ich denke, das ist ein Grund, warum man das so umsetzen sollte, wie wir es jetzt umsetzen.

Wie wir alle vermutlich aus persönlicher Erfahrung wissen, sind am 31.12. eines Jahres um 24 Uhr nicht mehr alle in der Lage oder willens, die Abstandsgebote einzuhalten.

Insofern ist das ein weiterer und für mich triftiger Grund, warum wir zu dieser Entscheidung gekommen sind.

Ralph Bombis (FDP): Ich möchte vorausschicken, dass ich persönlich das Verbot durchaus bedaure. In der Aktuellen Viertelstunde möchte ich aber drei Punkte in aller Klarheit darstellen:

Bei Punkt 1 schließe ich an den Kollegen Sundermann an. Hintergrund des Verbotes ist, und das wissen wir in dieser pandemischen Lage, dass die an die Kapazitätsgrenzen kommenden Kliniken davor bewahrt werden sollen, zusätzliche Unfallopfer versorgen zu müssen. Das betrifft nicht in erster Linie Nordrhein-Westfalen, sondern ist insbesondere mit Blick auf die Situation in den Kliniken in Sachsen und Bayern notwendig. Ich glaube, damit ist das ein nachvollziehbarer Schritt, so bedauerlich er auch sein mag.

Als zweiten Punkt will ich sehr deutlich sagen, wären genug Menschen geimpft, hätten wir eine solche Situation in den Kliniken gar nicht. Von daher sollte man sehr klar sagen, ein solches Verbot hätte gar nicht zur Diskussion gestanden, wenn nicht gewisse politische Kräfte – und hier steht die AfD an erster Stelle – immer wieder darauf hinwirken würden, dass die Gesellschaft gespalten wird, dass Impfgegner gestärkt werden und Querdenker Auftrieb bekommen. Dann hätten wir hier eine solche Debatte gar nicht zu führen.

Vor dem Hintergrund muss man drittens sagen, dass dieses Verkaufsverbot, das Sie hier beklagen, letztendlich auf Ihre unverantwortliche Politik und unverantwortliche Kommunikation zurückzuführen ist. Sich jetzt vordergründig zu den Verteidigern der Arbeitsplätze zu machen, ist perfide; denn Sie sind es, die diese Maßnahmen letztendlich auslösen. Von daher sagen wir sehr klar, das Verbot auf Bundesebene ist bitter. Es ist die Folge von solcher Kommunikation wie der Ihren. Wir werden alles dafür tun, in seriöser Weise der Branche und den Mitarbeitern zu helfen, damit Lösungen gefunden werden und nicht, wie Sie es immer wieder tun, nur Spaltung betrieben wird.

Wibke Brems (GRÜNE): Herr Vorsitzender! Ich kann mich den Vorrednern Herrn Franken, Herrn Bombis und Herrn Sundermann anschließen. Es gibt sehr viele Gründe, die für dieses Vorgehen sprechen. Sehr deutlich wird, was hinter dem Vorgehen der AfD steckt. Das ist wirklich nicht in Ordnung.

Ich möchte gerne noch einmal darauf eingehen, dass auch aus unserer Sicht eine solche Branche natürlich Unterstützung verdient hat, wie es bei anderen Firmen und anderen Branchen auch der Fall ist, die mit unterschiedlichen Dingen gerechnet haben, auch damit, dass es bald besser wird.

Die Firma Weco hat selbst in einer Pressemitteilung dargestellt, dass die Überbrückungshilfen zwar genehmigt, aber noch nicht vollständig ausgezahlt worden seien. Das ist natürlich nicht hilfreich. Herr Minister, können Sie etwas dazu sagen? Wenn Unternehmen oder Branchen betroffen sind, muss natürlich dafür gesorgt werden, dass das Zugesagte wirklich bei ihnen ankommt. Sonst kann das wirklich zu Schwierigkeiten führen.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE): Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Aufgrund der Entwicklungen des Infektionsgeschehens haben der Bund und die Länder unter anderem ein An- und Versammlungsverbot am 31. Dezember 2021 und dem 1. Januar des Folgejahres beschlossen. Auch in diesem Jahr darf zudem Feuerwerk nicht zum privaten Gebrauch verkauft werden. Diese Maßnahmen sollen Ansammlungen von Menschen, beispielsweise zum gemeinsamen Böllern, und dadurch entstehende etwaige zusätzliche Belastungen der Krankenhäuser durch Notfälle vermeiden.

Diese Entscheidung trifft die pyrotechnische Industrie, die ihren Hauptumsatz mit Silvesterfeuerwerk erzielt, hart. Zwar wird inzwischen der überwiegende Teil von Feuerwerkskörpern importiert, aber dennoch verfügt Deutschland noch über wenige Unternehmen, die diese Produkte selbst fertigen. So ist zum Beispiel mit Weco ein nordrhein-westfälisches Unternehmen von den Beschlüssen unmittelbar betroffen. Das Unternehmen gibt an, dass rund 40 % der Umsätze auf die Produktion an den deutschen Standorten in Eitorf, Kiel und Freiberg entfallen.

Auf der Branche lastet unabhängig von Corona bereits seit mehreren Jahren ein erheblicher Druck. Aus diesem Grund hatte Weco frühzeitig die Schließung des Freiburger Standorts zum Jahresende beschlossen.

Damit fällt etwa ein Viertel der rund 400 Arbeitsplätze in Deutschland weg. Der Großteil der Stellen verbleibt am Firmensitz in Eitorf. Da die Gefährdung der Branche durch das erneute Verbot nicht zu leugnen ist, wurden wir bereits frühzeitig aktiv. Gemeinsam mit anderen Ländern haben wir beim Bund dafür geworben, die besondere Betroffenheit der Branche zu berücksichtigen. Mit Erfolg: Auf der Ministerpräsidentenkonferenz wurde neben dem Verkaufsverbot auch eine Kompensationsmöglichkeit für die pyrotechnische Industrie beschlossen. So sollen die Sonderregelungen der Überbrückungshilfe III auch in der Überbrückungshilfe IV angewandt werden.

Unternehmen der Pyrotechnikindustrie, die im Dezember 2021 einen Umsatzeinbruch von mindestens 80 % gegenüber dem Dezember 2019 erleiden, können hierdurch eine Förderung im Rahmen der Überbrückungshilfe IV von März bis Dezember 2021 beantragen. Hierbei werden nur Unternehmen berücksichtigt, die von dem Verkaufsverbot für Pyrotechnik im Dezember 2021 unmittelbar betroffen sind.

Für mich ist aber auch klar, dass dies für die ohnehin angeschlagene Branche, der fast die gesamten Umsätze der Jahre 2020 und 2021 verloren gegangen sind, nicht ausreichend sein könnte. Hierdurch stehen neben hunderten Arbeitsplätzen und hundert Millionen Euro an Umsatz auch die Sicherstellung deutscher und europäischer Standards bei der Produktion und Anwendung von Feuerwerk auf dem Spiel.

Wir werden uns daher beim Bund dafür einsetzen, der Branche eine Perspektive im Sinne weiterer Kompensationen zu ermöglichen. Hierbei müssen allerdings auch die beihilferechtlichen Rahmenbedingungen der Europäischen Union immer wieder berücksichtigt werden. Das gilt auch für die noch offenen Fragen, Frau Brems, die Sie angesprochen haben. Wir sind natürlich dahinterher, dass das möglichst schnell erfolgt. Aber wir haben den Rahmen für die Unternehmen noch mal erweitert. Das bedarf

entsprechender Genehmigungen, die es auch auf europäischer Ebene für solche Schritte einzuholen gilt.

Wir stehen aber im engen Austausch. Es wird nicht an Liquiditätssicherung fehlen. Wir haben dafür Vorkehrungen und werden uns sehr darum kümmern, dass das Unternehmen fortbestehen kann.

Es gibt unterschiedliche Meinungen zur Pyrotechnik. Ich bedaure sehr, dass es – gut begründet – kein Feuerwerk gibt. Aber wir wollen in Zukunft weiterhin Feuerwerke haben. Das ist jedenfalls meine Sicht der Dinge. Deswegen wollen wir der Industrie Mut machen, sich hier am Standort weiterzuentwickeln.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Minister Professor Pinkwart. – Damit sind wir für heute am Ende dieses Themas. Sie haben sicherlich gesehen, dass für das Plenum in der nächsten Woche ein Antrag zu dem gleichen Thema von der AfD-Fraktion mit der Drucksachenummer 17/15869 vorliegt. Dann werden wir eine weitere halbe Stunde oder Stunde zu dem Thema diskutieren, je nachdem, welche Redezeiten der Ältestenrat festlegt.

2 Auswirkungen von Corona auf die Unternehmen in NRW

Bericht der IG Metall (s. Anlage 2) und der NGG

Vorsitzender Georg Fortmeier: Neben dem regelmäßigen Bericht der Landesregierung haben wir vereinbart, weitere Institutionen zu den Coronaauswirkungen im Ausschuss berichten zu lassen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Wir haben im Februar dieses Jahres schon mal mit einzelnen Gewerkschaftsvertretern gesprochen und verabredet, das Gespräch fortzusetzen.

Deshalb begrüße ich an dieser Stelle Herrn Mike Schürg begrüßen, der für die IG Metall per Video zugeschaltet ist. Für die Gewerkschaft komba begrüße ich Herrn Andreas Hemsing. Ich höre, dass es bei ihm noch technische Schwierigkeiten gibt. Eigentlich wollte ich live im Sitzungssaal für die Gewerkschaft NGG Herrn Mohamed Boudih begrüßen, der im Februar schon hier war. Für die Gewerkschaft war Frau Schmidt eingeladen und angemeldet. Leider hat sie sich gestern krankgemeldet und ist somit entschuldigt. Ersatz konnte so kurzfristig nicht benannt werden, sodass wir dieses Gespräch mit etwas reduzierter Teilnehmerzahl führen werden. Ich hoffe, dass wir das mit der Technik hinbekommen. Aber zunächst hat der Minister das Wort für eine kurze Darstellung seiner Sicht zum Thema „Corona und Unternehmerlandschaft in Nordrhein-Westfalen“.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE): Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Einleitend möchte ich den Blick ganz kurz auf die konjunkturelle Lage richten. Wir hatten unlängst den Bericht von RWI mit der Prognose für 2021 und eine gemeinsame Prognose mit den IHKen, die Abfragen bei den Unternehmen in Nordrhein-Westfalen vornehmen.

Wir haben die im Kontext der Gesamtlage gute Nachricht, dass sich Nordrhein-Westfalen mit 3,0 % sich auch in 2021 nach der RWI-Prognose besser entwickeln dürfte als der Bund mit 2,8 %. Das ist weniger als das, was wir noch im Sommer erhofft hatten, aber hier wirken sich sowohl Corona als auch die nach wie vor weltweit vorhandenen Schwierigkeiten durch Materialengpässe und im Bereich der Logistik aus.

Wir waren im letzten Jahr mit 0,5 % besser als der Bund und können auf diesem höheren Niveau jetzt noch mal aufsetzen. Im nächsten Jahr, so die Voraussage, sollen Bund und Land mit 4,5 % wachsen, also einen Teil des Wachstums nachholen, was dieses Jahr aufgrund der Rahmenbedingungen noch nicht stattfinden konnte. Die Börse bewertet das, was an Pandemiebelastung noch auf uns zukommen könnte, etwas optimistischer. Man wird aber sehen müssen, inwieweit uns Omikron wirklich noch einmal hart oder weniger hart herausfordert. Das ist noch gar nicht abschließend festzustellen. Sollte die Welt die Pandemie im nächsten Jahr vor allen Dingen durch Impfungen und Boostern, aber auch durch auf dem Weg befindliche Medikamentenentwicklungen zur Abschwächung von Krankheitssymptomen und Aufnahmen der Patientinnen und Patienten in Intensivstationen, besser in den Griff bekommen, könnte das nächste Jahr ein richtig gutes Jahr werden, und wir könnten das Wachstum noch einmal verstärken. Wir haben gesehen, dass unser Wachstum seit 2018 im Schnitt

über dem des Bundes liegt und 400.000 zusätzliche versicherungspflichtige Arbeitsplätze für Nordrhein-Westfalen dadurch erreichen konnten. Sollte sich dieser Trend in den nächsten Jahren fortsetzen, ist auf dem Arbeitsmarkt mit weiteren Verbesserungen zu rechnen. Das wäre aus meiner Sicht ein ganz wichtiges Unterfangen.

Ein kurzer Überblick zu den unterschiedlichen Branchen: Sie entwickeln sich wegen der aktuellen Betroffenheiten durch Corona natürlich verschieden. Hier ist insbesondere das Gastgewerbe stark beeinträchtigt. Dort sehen wir in 2021 erneut einen Rückgang gegenüber 2019. Trotz der im Laufe des Sommers und Frühherbstes erkennbaren Erholungen sind wir noch längst nicht auf dem Vorcoronaniveau. Jetzt gibt es weitere Einschränkungen. Das ist für die Branche sehr bitter, zumal es ihr gerade in den September hinein wieder etwas besser gelungen ist, Personal zurückzugewinnen. Wir haben auch versucht, die Branche dabei zu unterstützen. Es könnte sich erneut als schwierig erweisen, das Personal zu halten. Das müssen wir im Blick behalten.

Wir haben beim Stahl eine konjunkturbedingt relativ gute Entwicklung, und dies trotz eines gewissen Gegenwinds in jüngster Zeit bei der Stahlmengenkonjunktur. Auch durch Lieferengpässe im industriellen Bereich hat es gewisse Bremseffekte gegeben. Im dritten Quartal kam es bei der Rohstahlproduktion in Deutschland immerhin noch zu einer Steigerung um 12 % gegenüber dem Vorjahresvergleich. Wenn sich diese Verspannungen auflösen, die wir immer noch in der industriellen Wertschöpfungskette feststellen, werden wir, wird es der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung voraussagt, im Verlauf des kommenden Jahres mit weiteren Verbesserungen rechnen können.

Die nordrhein-westfälische Metall- und Elektroindustrie durchlebt einen Zickzack-Kurs der konjunkturellen Entwicklung. Im ersten Quartal 2021 verlangsamte sich die wirtschaftliche Erholung, im zweiten Quartal nahm sie wieder an Fahrt auf, im dritten Quartal kam es zu einem erneuten Einbruch. Bis zur Rückkehr zum Normalniveau ist noch ein gutes Stück Wegstrecke zu gehen.

Anders ist es beim Maschinenbau. Die Maschinenbauindustrie verzeichnete im Jahr 2020 mit 40 Milliarden Euro einen besseren Umsatz als ursprünglich erwartet. Derzeit liegt das prognostizierte Jahresergebnis für 2021 schon etwa 10 % über dem Vorjahreswert. Bei steigenden Auftragseingängen blickt die Branche insgesamt positiv in die Zukunft, auch wenn es in dem Sektor immer noch zu Störungen in Lieferketten kommt und deswegen mehr Aufträge da sind als abgearbeitet werden können.

Beim Auto ist eine große Diskrepanz zwischen Auftragseingängen und Produktion festzustellen. Hier haben wir es insbesondere mit den bekannten Lieferengpässen bei Halbleitern zu tun. Wir müssen sehen, dass sich das auflösen lässt und dadurch die Zulieferindustrie in Nordrhein-Westfalen zu einem besseren Auftrags- und Bearbeitungsstand kommt.

Die nordrhein-westfälische Wirtschaft befindet sich trotz der jüngsten Rückschläge mittelfristig weiterhin auf dem Weg der wirtschaftlichen Erholung. Mit der nunmehr seit rund 20 Monaten andauernden Unterstützung der zahlreichen, durch die Pandemie unverschuldet in Existenznot geratenen Solo-Selbstständigen, Angehörigen der freien Berufe und Unternehmen kann das Land im Schulterschluss mit dem Bund einen

wesentlichen Beitrag für die Stabilisierung der Wirtschaft leisten. Die gute Nachricht ist: Anders als im vergangenen Jahr ist ein branchenübergreifender Lockdown derzeit nicht notwendig. Wir hoffen, dass das so bleibt.

Aufgrund der dennoch zuletzt notwendig gewordenen empfindlichen Einschnitte für die Wirtschaft, die das Kabinett beschließen musste, erwarten wir wieder steigende Antragszahlen in der Überbrückungshilfe III Plus. Schon zuvor bestand über viele Branchen hinweg weiterhin Bedarf an fortlaufenden Wirtschaftshilfen. Bisher verzeichnen wir in der Überbrückungshilfe III Plus 8.500 gestellte Anträge, von denen 3.900 bearbeitet und 173 Millionen Euro bereits ausgezahlt wurden. Dies entspricht einer Quote von etwa 46 %, und dies bei fortlaufend neu eintreffenden Anträgen. Die Bezirksregierungen arbeiten seit Anfang September die offenen Anträge kontinuierlich und routiniert ab. Sie werden dabei weiterhin durch externe Dienstleister unterstützt.

Die von den erneuten Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie betroffenen Selbstständigen und Unternehmen in Nordrhein-Westfalen können weiterhin finanzielle Unterstützung erhalten. Als Vorsitzender der Wirtschaftsministerkonferenz habe ich mich gemeinsam mit den anderen Ländern beim Bund sehr frühzeitig und im Ergebnis erfolgreich dafür eingesetzt, die pandemiebedingten Wirtschaftshilfen in das nächste Jahr hinein zu verlängern. Bundesfinanz- und Bundeswirtschaftsministerium haben sich in der letzten Woche auf die Bedingungen für die bis Ende März 2022 verlängerten Hilfen geeinigt.

Ganz zentral für unsere nordrhein-westfälische Wirtschaft ist, dass die Überbrückungshilfe III Plus als Überbrückungshilfe IV bis zum 31. März des kommenden Jahres fortgeführt wird. Neben der Fixkostenerstattung von bis zu 90 % bei einem Umsatzausfall von mehr als 70 % können von den erneuten Einschränkungen besonders betroffene Unternehmen einen erhöhten Eigenkapitalzuschuss von bis zu 50 % erhalten. Das ist unter anderem für die hier im Ausschuss bereits zu Gast gewesenen Schaustellerbetriebe wichtig, weil die ihre Erträge im vierten Quartal erwirtschaften und im ersten Quartal des Folgejahres eigentlich keine Umsätze erzielen können. Deswegen ist diese Regelung des erhöhten Eigenkapitalzuschusses ganz wichtig, um die Substanz der Unternehmen zu sichern.

Ausfall- und Vorbereitungskosten von coronabedingt abgesagten Veranstaltungen im Zeitraum September bis Dezember 2021 sind, und das war uns ein besonderes Anliegen, rückwirkend in der Überbrückungshilfe IV förderfähig. Das hilft natürlich der Gastronomie, den Hotels, aber auch dem ganzen Bereich des Eventmanagements.

Auch branchenspezifische Regelungen, wie zum Beispiel der Ausgleich von Warenwertverlusten verderblicher oder saisonaler Ware, werden fortgeführt. Neben der Überbrückungshilfe IV wird die Neustarthilfe in das Jahr 2022 hinein verlängert. Darüber hinaus können diejenigen, die von der Absage von Advents- und Weihnachtsmärkten im November und Dezember dieses Jahres betroffen sind, mit der Überbrückungshilfe III Plus für den Förderzeitraum bis Ende dieses Jahres schon jetzt Unterstützung für die aktuell herausfordernde Situation beantragen. Über die Pyrotechnik haben wir eben schon gesprochen.

In den weiteren pandemiebedingten Wirtschaftshilfen werden zudem noch immer Anträge eingereicht und Mittel abgerufen. Seit der ersten Phase der Überbrückungshilfen wurden – ohne die NRW-Soforthilfe, aber inklusive der November- und Dezemberhilfe – insgesamt rund 9,2 Milliarden Euro in Nordrhein-Westfalen ausgezahlt. Exemplarisch entfallen dabei auf die Überbrückungshilfe III für den Zeitraum Januar bis Juni rund 110.000 Anträge mit einem ausgezahlten Volumen von rund 4,8 Milliarden Euro. Die außerordentlichen Wirtschaftshilfen, besser bekannt unter dem Namen November- und Dezemberhilfe, verzeichneten in Nordrhein-Westfalen rund 129.000 bearbeitete Anträge mit einem Volumen von 2,7 Milliarden Euro; in der Neustarthilfe für Solo-Selbstständige und Angehörige der freien Berufe sind es rund 48.000 Anträge mit einem Volumen von 302 Millionen Euro.

Für Einzelfälle, die nicht von diesen Coronahilfen profitieren können, haben wir mit Bund und Ländern den Härtefallfonds eingerichtet. Hier haben wir bisher 107 Anträge; davon 80 bearbeitet. Das sind drei Viertel. Das ist im Vergleich zur riesigen Zahl der anderen Anträge eine geringe Zahl. Das zeigt, dass es uns gelungen ist, das normale Regelwerk so gut auszugestalten, dass fast alle im Regelwerk mit ihren Anliegen gut unterkommen.

Die NRW-Soforthilfe 2020 ist mit rund 430.000 Empfängerinnen und Empfängern sowie ausgezahlten Zuschüssen in Höhe von mehr als 4,5 Milliarden Euro das größte und wahrscheinlich auch schnellste Hilfsprogramm in der Landesgeschichte. Unterstützt wurden Solo-Selbstständige, Angehörige der freien Berufe sowie Unternehmen bei der Sicherung ihrer wirtschaftlichen Existenz und der Überbrückung von akuten Liquiditätsengpässen mit einem Zuschuss für laufende Betriebskosten für drei Monate zu Beginn der Coronapandemie. Wie Sie wissen, hat Nordrhein-Westfalen die Beträge pauschal in voller Höhe ausgezahlt. Das war schneller und komfortabler für die betroffenen Unternehmen und Selbstständigen. Deshalb brauchte es bei uns im Nachhinein eine Abrechnung und Rückmeldung.

Das Fristende für das Rückmeldeverfahren war am 31. Oktober 2021. Es haben etwa 85 % – in absoluten Zahlen sind das 360.000 – der Soforthilfeempfängerinnen und -empfänger ihre digitale Rückmeldung eingereicht. Dieser hohe Wert unterstreicht einmal mehr die hohe Akzeptanz des Verfahrens. Zugleich ist diese Quote ein Beleg für den verantwortungsvollen und ehrlichen Umgang der Unternehmerinnen und Unternehmer mit den Coronawirtschaftshilfen, für den ich allen herzlich danken möchte. Da Soforthilfeempfängerinnen und -empfänger sowie prüfende Dritte in Nordrhein-Westfalen sowohl pandemie- als auch flutbedingt stark belastet sind, nimmt das Land Rückmeldungen ausnahmsweise noch bis zum 17.12.2021 an.

Im Nachgang zur HFA-Sitzung vom 10. Juni 2021 hatte ich bereits berichtet, dass wir zum damaligen Zeitpunkt 538,2 Millionen Euro von 65.120 Soforthilfeempfangenden an freiwilligen vorzeitigen Rückzahlungen erhalten haben. Daraus sind mittlerweile beachtliche 878,9 Millionen Euro von 118.670 Antragstellenden geworden.

Allen, die planmäßig gegen Ende nächsten Jahres Mittel zurückzahlen müssen, konnte das Land Nordrhein-Westfalen eine besonders schnelle und großzügige Liquiditäts-spritze in der schwierigen Anfangsphase der Pandemie geben. Ich erinnere daran, dass wir die Hilfen aus Landesmitteln aufgestockt haben. Mindestens rund 240.000

Selbstständigen ist im Rahmen unserer Vertrauensschuttlösung ein fiktiver Unternehmerlohn gewährt worden. Dies entspricht rund einer halben Milliarde Euro. Mit der Möglichkeit, Rückzahlungen erst Ende Oktober des kommenden Jahres vornehmen zu müssen, kommen wir allen Soforthilfeempfängerinnen und -empfängern in diesen unsicheren Zeiten entgegen und gewähren ihnen für eine lange Zeit eine zinslose Liquiditätssicherung.

Wir sind gemeinsam mit den Bewilligungsstellen momentan damit befasst, die zahlreichen Rückmeldungen zu prüfen. Bei einem Massenverfahren mit insgesamt rund 430.000 Antragstellenden können Sie sich vorstellen, dass wir noch einige Zeit dafür benötigen werden. Sobald die Prüfung abgeschlossen ist, schreiben wir diejenigen, die noch keine Rückmeldung abgegeben haben, erneut an. Wir werden sie eindringlich auf die möglichen subventionsrechtlichen Konsequenzen von Kontrollen der diversen Prüfinstanzen und Rechnungshöfe hinweisen, wenn dabei herauskommt, dass Soforthilfebeträge ganz oder teilweise zurückzuzahlen gewesen wären.

Parallel dazu bearbeiten wir die Hochwasser-Soforthilfe. Wir haben mittlerweile einen Stand von 7.145 Anträgen für die Soforthilfe im Rahmen der Hochwasserschäden. Die 35,7 Millionen Euro haben wir über die Kommunen auszahlen können. 176 Kommunen haben diese Arbeit geleistet. Ich möchte mich an dieser Stelle namens der Landesregierung sehr für die schnelle Bereitstellung der Mittel an die Betroffenen durch die Kommunen bedanken.

Wir haben darüber hinaus einen Universalkredit der NRW.BANK mit einem 20-prozentigen Tilgungszuschuss aufgelegt. Das heißt, am Ende müssen 20 % des Kredits nicht zurückgezahlt werden. Damit haben wir Unternehmen geholfen, die dringend Liquidität benötigen, bis sie den Schaden ermittelt haben, die Versicherungsleistungen abrechnen und über uns die Vollanträge einreichen konnten. Hier haben mittlerweile 50 Unternehmen rund 6,3 Millionen Euro zugesagt bekommen, sodass wir sicherstellen konnten und können, dass bis zur Auszahlung von Versicherungsleistungen und dem Aufbauprogramm die Liquidität der betroffenen Unternehmen stets gewährleistet ist.

Beim Wiederaufbauprogramm selbst haben die Kammern, die in unserem Verfahren dankenswerterweise vorgelagert tätig sind, zwischenzeitlich 4.000 Beratungsgespräche führen können, davon 3.300 durch die Industrie- und Handelskammern und 700 durch die Handwerkskammern. Der NRW.BANK liegen rund 100 Anträge vor, von denen die Hälfte so bearbeitet und bewilligt werden kann, dass sie schnell zur Auszahlung kommen können. Die andere Hälfte bedarf noch Ergänzungen, die von den Antragstellern beizubringen sind. Wir gehen davon aus, dass wir bis zum Jahresende einen Großteil davon auch zur Auszahlung bringen können.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Pinkwart. Angesichts der Fülle der vorgetragenen Zahlen wäre es gut, wenn Sie uns den Sprechzettel schnell übersenden würden. – Jetzt lassen wir gern unsere Gäste zu Wort kommen. Ich starte alphabetisch mit Herrn Hemsing von der Gewerkschaft komba. Ich glaube, es klappt jetzt mit der Technik. Ich darf Sie ganz herzlich begrüßen. Es wäre nett, wenn Sie uns einen kurzen Bericht aus Ihrem Tätigkeitsbereich geben würden. Herr Hemsing, sehen und hören Sie uns? Können Sie sich einwählen und freischalten? Eine Leitung scheint zu stehen.

– Er ist gerade wieder aus der Leitung geflogen. Dann versuchen wir es gleich noch mal. – Herr Schürg von der IG Metall, Sie sind heute da. Herzlich willkommen. Beim letzten Mal war Ihr Kollege bei uns. Viele Grüße an ihn. Sie sagten, Sie können uns auch darüber berichten, wie sich die Situation für Ihren Geschäftsbereich entwickelt hat. Sie haben auch eine Präsentation vorbereitet. Dann schießen Sie mal los.

Mike Schürg (IG Metall [per Video zugeschaltet]): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Herr Giesler ist verhindert. Ich bin sein Büroleiter, und er hat mich gebeten, diesen Termin zu übernehmen.

(s. Anlage 2, Seite 2)

In der Zeit der Pandemie haben wir regelmäßig unsere Betriebsratsgremien angeschrieben und um Beantwortung einiger Fragen gebeten, um abschätzen zu können, wie es in den Betrieben aussieht. Der letzte Abfragezeitraum reichte von Mitte bis Ende November. Das heißt, die Zahlen sind noch sehr aktuell. Wir haben rund 2.600 Betriebsratsgremien angeschrieben; 911 haben uns geantwortet. Das ist eine sehr ordentliche Rücklaufquote von 35 %. Sie sehen auf der ersten Folie die Branchen, auf die sich die Betriebe verteilen. Zu etwas über 70 % kommen die Antworten aus dem Bereich der Metall- und Elektroindustrie.

(s. Anlage 2, Seite 3)

Wie sieht die Auftragslage aus? Sie sehen, dass etwas über 30 % der Betriebe noch von Vollauslastung sprechen. Die anderen Zahlen will ich nicht im Einzelnen vortragen, sondern Sie nur darauf hinweisen, dass sich die Vollauslastung im Vergleich zu unserer letzten Befragung, die wir im Sommer gemacht haben, deutlich verringert hat. Damals hatten 10 % mehr Betriebe Vollauslastung. Die 10 % haben sich zum normalen Krisenniveau verschoben.

(s. Anlage 2, Seite 4)

Wie sieht es mit den Lieferketten aus? Gibt es da Schwierigkeiten? Mittlerweile berichten uns nur noch etwas mehr als 20 %, dass die stabil sind. Beim Rest der Betriebe sind sie gefährdet oder gestört. Da gab es eine massive Verschiebung im Vergleich zur letzten Befragung. In der letzten Befragung waren bei etwa 28 % Lieferketten gefährdet. Das ist jetzt bei rund 45 % der Betriebe der Fall. Das ist also eine massive Verschiebung zum Negativen. Wir rechnen nicht damit, dass sich dieses Problem schnell erledigt. Das hat Auswirkungen auf die ganze Wertschöpfungskette. Das ist ein großes Problem, vor dem wir stehen.

(s. Anlage 2, Seite 5)

Sie sehen, dass in 80 % der Betriebe kein Personalabbau stattfindet. Das ist ein etwas geringerer Wert als bei der letzten Befragung im Sommer. Da lagen wir noch bei rund 85 %. Die 5 % sind zu dem nächsten Block gewandert, in dem bis zu 10 % Personalabbau stattfindet.

(s. Anlage 2, Seite 6)

In rund 20 % der Betriebe findet Kurzarbeit statt. Diese Zahl lag bei der Befragung im Sommer noch etwas niedriger. In 2 bis 3 % mehr der Betriebe findet jetzt Kurzarbeit statt.

(s. Anlage 2, Seite 7)

Hier können Sie die Kurzarbeitstiefe erkennen. Der größte Block umfasst bis 25 %. Dabei gab es im Vergleich zur letzten Befragung keine Verschiebung.

(s. Anlage 2, Seite 8)

Wir haben auch nach Insolvenzen bzw. Insolvenzgefahr gefragt. Sie sehen, „nur“ acht der befragten Betriebe sind in Insolvenz. Das ist keine großen Verschiebungen.

(s. Anlage 2, Seite 9)

Für die nächsten drei Monate schätzen 90 % der Betriebe die Insolvenzgefahr als gering ein. Etwas weniger als 10 % schätzen sie mittel ein. Eine marginale Anzahl von Betrieben sieht sie als hoch an. Da gab es keine relevanten Verschiebungen im Vergleich zum letzten Mal.

Der Minister hat eben den Stahlbereich angesprochen. Sie haben die Ankündigung von Vallourec mitbekommen, die Werke in Deutschland verkaufen oder schließen zu wollen. Verbunden wurde sie mit der Ankündigung, bei HKM auszusteigen. Vallourec ist eines von drei an HKM beteiligten Unternehmen. Thyssenkrupp und die Salzgitte AG gehören noch dazu. Wenn Vallourec aussteigt, kann das zu schwerwiegenden Folgen bei HKM führen. Der gesamte Röhrenbereich, zu dem auch Vallourec gehört, ist ein großes Sorgenkind im Stahlbereich.

Aus unserer Sicht ist das Stichwort „Wasserstoff“ wichtig. In wenigen Jahren könnte das ein profitables Geschäft sein. Aber es müsste eine Überbrückung von wenigen Jahren erfolgen, bis man damit wieder ordentlich Geld verdienen kann. Auf diesen Punkt wollte ich Ihre Aufmerksamkeit lenken.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank für die kurze Präsentation und die Einführung, Herr Schürg. Manche Zahlen bestätigen das, was der Minister vorgetragen hat. Bei einigen Zahlen bin ich überrascht, dass sie nicht so dramatisch sind und die Zahl der Insolvenzen nach Ihrer Befragung so dargestellt wurde.

Wir haben weiterhin technische Probleme mit Herrn Hemsing und bekommen keine Leitung hin. Herr Hemsing, wenn Sie sich per Telefon einwählen, ginge das Ganze wahrscheinlich besser. – Ich begrüße den gerade hereingekommenen Kollegen Boudih von der Gewerkschaft NGG ganz herzlich. Wenn Sie sofort starten können,

(Heiterkeit)

können Sie nahtlos anschließen. Herr Boudih, herzlich willkommen. Sie haben das Wort.

Mohamed Boudih (NGG): Das ist ein schöner Kaltstart. Bitte entschuldigen Sie die Verspätung. In diesen Zeiten hat man manchmal morgens um 8 Uhr eine Besprechung, die um 10 Uhr immer noch nicht enden will. Es tut mir leid, ich freue mich aber trotzdem,

hier zu sein und will gerne direkt einsteigen, ohne genau zu wissen, was bisher besprochen worden ist.

Es geht, wie Sie sich vorstellen können, aus Sicht unserer Gewerkschaft NGG insbesondere um die Situation der gastgewerblichen Betriebe und der Beschäftigten. Ich will in aller Kürze Revue passieren lassen, wie sich die Situation in den letzten 20 bis 24 Monaten seit Beginn der Pandemie dargestellt hat.

Sie wissen, dass die Menschen vom ersten Tag der Pandemie an von Lockdowns und Schließungen betroffen waren. Zigtausende in Nordrhein-Westfalen waren von Kurzarbeit betroffen. Sie wissen auch, dass wir als Gewerkschaft sehr unzufrieden mit der Struktur des Kurzarbeitergeldes sind. Für diese Niedriglohnbereiche ist es leider nicht geeignet, den Menschen ein auskömmliches Leben in der Pandemie zu ermöglichen. Die Situation ist so, dass 87 % des Entgelts als Kurzarbeitergeld zu wenig sind, um zu leben. Die Realität ist leider so, dass als Folge dieser Situation viele, viele Beschäftigte aus der Branche abgewandert sind. Allein in Nordrhein-Westfalen sind das über 20.000. Wir erleben, dass die Abwanderung aktuell noch anhält. Mit den nächsten Statistiken der Bundesagentur für Arbeit wird sich wahrscheinlich eine Verfestigung dieses Trends aufzeigen.

Die Branche blutet also personell aus. Anders als bei meinem letzten Besuch im Februar kann ich heute sagen, dass die Arbeitgeber und deren Verbände erkannt haben, dass sich nicht nur die Pandemiesituation verbessern muss, sondern auch die Arbeitsbedingungen in der Branche insgesamt. Wir sind gerade in Tarifgesprächen. Nächste Woche findet eine zweite Tarifverhandlung statt, natürlich vor der Kulisse, angesichts einer erneut sich anbahnenden Krise noch einmal dafür zu sorgen, dass sich die Löhne und Gehälter deutlich verbessern. In den Gesprächen haben wir erste gute Schritte gemacht.

Meine Sorge ist, dass Betriebe durch die Situation in der Pandemiebekämpfung mit vielen Absagen von Veranstaltungen, Kongressen und Weihnachtsfeiern wieder in eine wirtschaftlich angespanntere Situation kommen, sich die Arbeitgeberseite in unseren Tarifgesprächen möglicherweise anders aufstellt und wir vor Weihnachten doch nicht zu einem Tarifabschluss kommen, der dafür sorgt, dass wir zum Beispiel – das ist unser Ziel – direkt zum 1. Januar die Einstiegsentgelte, die Mindestlöhne in unserem Tarifvertrag, über 12 Euro heben können. Die Angst um die Arbeitsplätze und die Krisenfestigkeit der Betriebe im Gastgewerbe überwiegen sehr, sehr stark.

Wir hatten im Sommer Hoffnung, dass Betriebe aus dem Gastgewerbe zumindest langsam aus der Krise herauskommen können. Dass wir im November und Dezember 2021 wieder in einer Coronadauerschleife sind und die Maßnahmen so sein müssen, dass die Betriebe im Gastgewerbe und die gesamte Branche von erneuten Schließungen oder zumindest von einer wirtschaftlich nachhaltig negativen Entwicklung getroffen sind, ist wirklich sehr zu bedauern. Zur Wahrheit gehört aus meiner Sicht leider auch, dass Politik auf Bundes- und Landesebene es im Sommer versäumt hat, die richtigen Weichenstellungen zu treffen. Die 2G- und 3G-Regelungen, die jetzt Standard sind, hätten aus unserer Sicht schon im Sommer auch im Gastgewerbe eingeführt werden müssen. Es gibt viele Betriebe, die sich im Sommer schon darauf eingestellt haben, das so umzusetzen und sich darauf eingestellt haben, dass das der Standard im

Gastgewerbe ist. Da die Politik diese Normen nicht von Anfang an festgesetzt hat, um der vierten Welle vorzugreifen, haben sich andere Betriebe leider nicht daran gebunden gefühlt. Das kann man ihnen auch nicht zum Vorwurf machen. Dass die Dinge jetzt so schlagartig geändert werden müssen, trifft die Beschäftigten und die Gastronomen wirklich sehr, sehr hart.

Ich habe hier bereits im Februar gesagt, dass es um mehr geht als den Erhalt dieser Betriebe und der Beschäftigungsverhältnisse. Ich bin der Meinung, es geht auch um den Erhalt eines Stücks der Lebensqualität der Menschen in unserem Land, indem wir in unseren Innenstädten und Kommunen weiterhin eine gastgewerbliche Struktur haben, die nicht nur den Menschen eine Möglichkeit bietet, zu arbeiten und ihren Lebensunterhalt zu sichern, sondern die auch den Bürgerinnen und Bürger eine schöne Umgebung bietet, von der sie profitieren. Das ist sehr stark in Gefahr.

Die Maßnahmen müssen nicht nur mit dem Fokus auf die Pandemie angelegt sein. Sie müssen auch darauf angelegt sein, die Beschäftigten zu schützen und abzusichern. Ich habe vorhin gesagt, dass die Struktur des Kurzarbeitergeldes für die Niedriglohnbereiche leider zu kurz greift. Ich weiß, dass es gesetzgeberische Regelungen im Bund braucht und das Land Nordrhein-Westfalen das nicht machen kann. Aber ich bin sicher, dass das Land Nordrhein-Westfalen und die in unserem Landtag vertretenen Fraktionen das entsprechend flankieren und mit unterstützen können, damit wir ein Mindestkurzarbeitergeld bekommen, sodass auch die Menschen im Niedriglohnbereich – das sind weit mehr als nur diejenigen im Gastgewerbe – ein Kurzarbeitergeld erhalten können, das zumindest in Größenordnung der Grundsicherung liegt und die Menschen nicht zwingt, zum Sozialamt zu gehen und sie auch nicht zwingt, die Branche zu verlassen.

Da gibt es noch sehr, sehr viel zu tun, und die Zeit tickt. Wir sind im zweiten Krisenjahr im Gastgewerbe. Herr Pinkwart, meine Damen und Herren, wir müssen wirklich darüber sprechen, wie wir es gemeinsam bewerkstelligen können, dass diese Branche nicht den Bach runtergeht. So krass und so deutlich muss ich das sagen.

Noch mal: Es gibt Veränderungen im Diskurs zwischen den Sozialparteien, zwischen uns und dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband. Das sage ich durchaus wohlwollend und gerne an dieser Stelle. Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband hat durchaus erkannt, dass wir als Sozialpartner unseren Teil dazu beitragen, damit die Arbeitsbedingungen besser werden. Wir haben der Arbeitgeberseite am 19. November ein umfangreiches Papier vorgelegt, wie wir tariflich etwas tun können. Die Politik muss jetzt Entscheidungen treffen, um sowohl die Arbeitgeber als auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu unterstützen, damit wir die Menschen in der Branche halten. Sie muss die Betriebe, die in ihrer kleinteiligen Struktur leider nicht krisenfest sind, am Leben erhalten und dafür sorgen, dass diese Branche nicht den Bach runtergeht. – Ich glaube, ich hatte nur fünf Minuten Zeit. Wahrscheinlich liege ich schon darüber. Ich freue mich auf die Diskussion und Ihre Fragen und stehe gerne Rede und Antwort.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Boudih. Die Zeit passt. Wir hatten vier Gäste eingeplant, nun sind nur zwei anwesend. – Für Herrn Hemsing kann ich sagen, es klappt mit der Leitung nicht. Er hat aber angeboten, uns seine Stellungnahme

für die Gewerkschaft komba zur Verfügung stellt. Ich danke ihm dafür, dass er bereit war, mit uns zu diskutieren. Es klappt leider nicht, aber seine Stellungnahme nehmen wir gerne an und fügen sie dem Protokoll bei oder schicken sie direkt an alle. – Die Debatte ist eröffnet. Für die AfD-Fraktion hat sich Abgeordneter Strotebeck gemeldet. Bitte schön.

Herbert Strotebeck (AfD): Herr Vorsitzender! Herr Boudih und Herr Schürg, vielen Dank für Ihre Präsentation und Ihren Bericht. Ehrlich gesagt sind mir die Arbeitnehmer ein bisschen zu kurz gekommen. Was sagen Sie beide dazu, dass Arbeitnehmer, die freiwillig ungeimpft sind, im Falle einer Quarantäne ihren Lohnfortzahlungsanspruch verlieren?

Frank Sundermann (SPD): Herr Vorsitzender! Herr Schürg und Herr Boudih, vielen Dank, dass Sie den Blick auf Ihre Branchen und auf die Beschäftigten gelenkt haben. Ich habe die eine oder andere Bewertung, aber auch die eine oder andere Nachfrage.

Herr Schürg, Sie haben darauf verwiesen, dass ein nicht unwesentlicher Teil der Branche noch unter Volllast fährt. Für mich ergeben sich daraus zwei Fragen: Können Sie differenzieren, um welche Betriebe es sich handelt? Haben Sie Zahlen, wie viele Beschäftigte dahinterstecken? – Die Frage, welche Betriebe voll ausgelastet sind, kann die Wahrnehmung verfälschen.

Durch alle Gutachten zum Beispiel von ifo und DIW zieht sich, dass die Belastungen der Lieferketten das größte wirtschaftliche Problem sind. Sie haben das auch erwähnt. Können Sie uns einen O-Ton aus Ihrer Branche vortragen, wie groß die Sorge ist, dass es zu Brüchen kommt? Wir wissen, irgendwann trifft es auch den Stahl. Irgendwann wird die Produktion heruntergefahren. Es kann relativ schnell zu Stillständen kommen. Das haben wir an manchen Stellen schon. Wer in letzter Zeit ein Auto bestellt hat, weiß das vielleicht.

Viele Unternehmen haben noch keine Mitarbeiter entlassen und planen das auch nicht. Das ist gut. Können Sie Ausführungen zum Kurzarbeitergeld machen und sagen, inwieweit das funktioniert? In welchem Maße schätzen Sie den Einfluss des Kurzarbeitergeldes als stabilisierend ein? Welche Forderungen haben Sie an die Ausgestaltung des Kurzarbeitergeldes? Wir haben schon einen Hinweis bekommen. Bitte sagen Sie uns, wie man das von Ihrer Seite aus gestalten könnte oder sollte.

Sie haben gesagt, wie viel Prozent der Unternehmen aktuell Kurzarbeitergeld beanspruchen. Können Sie hierzu die Zahl der Mitarbeiter nennen, die in Kurzarbeit sind?

Einen weiteren Punkt haben Sie angesprochen, der auf den ersten Blick eine geringere Schnittstelle zur Coronaproblematik hat, beim näheren Draufschaun aber doch eine größere Schnittstelle. Es geht darum, wie es uns gelingt, die Stahlbranche auf Wasserstoff umzustellen. Wir wissen alle, dass Transformationsdruck besteht. Da können sich Lücken auftun, auch was die Eigenkapitalversorgung in Unternehmen anbelangt. Wie kann man die zukunftssträchtige Industrie – vielleicht sogar die zukunftssträchtigste Industrie in Nordrhein-Westfalen, wenn sie auf Wasserstoff umstellt – stabilisieren?

Herr Boudih, mit Ihnen kommen wir von einer klassischen Industriebranche zu einem klassischen Dienstleistungsbereich. Ich finde es sehr gut, dass wir beide Aspekte betrachten. Gestatten Sie mir als Sozialdemokrat die Aussage, dass es natürlich erst mal für Sie als Gewerkschafter und für mich als Sozialdemokrat nicht ganz unangenehm ist, wenn sich die Branche in Richtung Arbeitnehmermarkt entwickelt, die Arbeitnehmer in einer besseren Verhandlungsposition sind und dadurch die entsprechende Weichheit auf Arbeitgeberseite besteht. Das ist erst mal eine gute Situation. Am Ende des Tages ist es aber nicht mehr zielführend, wenn man niemanden mehr hat, mit dem man verhandeln kann und der Arbeitsplätze anbietet. Insofern fand ich es gut, dass Sie einen Gesamtblick auf die Branche geworfen haben.

Über ein Mindestkurzarbeitergeld waren wir schon im Austausch. Wir werden diese Gespräche noch mal aufnehmen. Vielleicht ist das jetzt in anderer Konstellation in Berlin anders zu bewerten. Das muss man sich anschauen. Das nehmen wir auf jeden Fall mit.

Ist das Kurzarbeitergeld zu niedrig, ist das andersherum natürlich eine Folge der zu niedrigen Gehälter. Insofern ist das, was ich eingangs zum Arbeitnehmermarkt sagte, vielleicht gar nicht so falsch. – Vielen Dank für Ihre Ausführungen und viel Erfolg bei dem, was Sie in den nächsten Monaten in beiden Bereichen noch für die Mitarbeiter und am Ende auch für die Unternehmen regeln müssen.

Ralph Bombis (FDP): Herr Vorsitzender! Auch von meiner Seite und seitens meiner Fraktion herzlichen Dank, dass Sie uns heute zur Verfügung stehen und Einblicke geben. – Herr Schürg, anschließend an das, was Kollege Sundermann gesagt hat, erlauben Sie mir eine Bemerkung: Ich hatte den Eindruck, dass die Tatsachen, die Sie uns präsentiert haben, erfreulicherweise weniger schlecht waren als ich es befürchtet hatte. Nichtsdestotrotz steht die Branche vor großen Herausforderungen. Sie haben das im Hinblick auf die kurz-, mittel- und längerfristige Perspektive dargestellt. Ich will gar nicht so sehr auf die Sicherung des Stahlstandortes eingehen. Das ist etwas, was uns politisch und wirtschaftlich insgesamt über den Tag hinaus beschäftigt.

Wie schätzen Sie die Perspektive der Branche vor diesem Hintergrund ein? Nehmen Sie in der Mitarbeiterschaft unterschiedliche Stimmungslagen wahr? Das schließt ein bisschen an den von Frank Sundermann angesprochenen Punkt an, dass man die Auslastung nach Betrieben aufschlüsselt. Gibt es Betriebe mit Ruhe und totaler Gelassenheit auch in der Mitarbeiterschaft und andere, in denen eher Sorge vorherrscht? Vielleicht können Sie meinen Eindruck bestätigen oder widerlegen, dass auch auf Mitarbeiterseite trotz dieser angespannten und schwierigen Situation eher noch eine gewisse Ruhe herrscht.

Herr Boudih, auch Ihnen ganz herzlichen Dank. Erklärtermaßen ist es so, dass wir als Freie Demokraten gemeinsam mit dem Koalitionspartner CDU versucht haben, Lockdowns in NRW zu verhindern, wo immer es geht. Ich denke mal, das ist gerade im Sinne der Branche, für die Sie hier stehen.

Sie haben dargelegt, dass die Branche ohnehin schon mit Mitarbeitermangel zu kämpfen hatte. Es war bereits vor Corona absehbar, dass das nicht einfacher werden würde,

wie es in vielen anderen Branchen auch der Fall ist. Durch Corona und die Lockdowns ist dieser negative Trend noch mal stark befördert worden. Dazu haben Sie bereits etwas gesagt. Das Stichwort „Kurzarbeitergeld“ ist gefallen. Sie sprachen aber auch davon, dass Sie gemeinsam mit dem DEHOGA versuchen, Perspektiven aufzuzeigen und sich die Gespräche ganz gut anlassen. So ist meine Interpretation. Sie sprachen davon, dass die Politik entsprechende Rahmenbedingungen setzen sollte oder könne. Welche Dinge sehen Sie da prioritär? Wie sind diese Rahmenbedingungen aus Ihrer Sicht auszugestalten?

Oliver Kehrl (CDU): Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Boudih! Lieber Herr Schürg! Schönen Dank, dass Sie uns heute zur Verfügung stehen und Einblick in Ihre Branchen und Strukturen bei Ihren Beschäftigten und Arbeitgebern geben. Wir sind zum wiederholten Male in einer besonders schwierigen Situation. Im Grunde genommen spaltet sich die Wirtschaft in diesem Land. Wir haben hohe Auftragseingänge gerade im verarbeitenden Gewerbe, in der Industrie und vor allem im Handwerk. Herr Schürg, die damit verbundenen Engpässe haben Sie schon geschildert. Die Störung der Lieferketten bringt Verzögerungen bei der Auftragserfüllung und Lieferung mit sich. Auch bei den Dienstleistungen verzögert sich vieles. Den Personalmangel in verschiedenen Branchen haben Sie angesprochen. Wir haben eine hohe Auslastung und zum Teil Lieferengpässe. Das ist eine ganz andere Situation für die Konjunktur.

Wenn ich die Zahlen richtig gelesen habe, haben wir seit 2017 in Nordrhein-Westfalen 400.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen. Das ist ein ganz großer Schritt, wie Nordrhein-Westfalen an der Stelle nach vorne gegangen ist. Aber wir spüren gleichzeitig in den Märkten diesen Fachkräftemangel. Auf der anderen Seite haben wir die immer wieder durch Corona betroffenen Branchen wie das Gaststättengewerbe, für das Sie gerade gesprochen haben. Wir haben am Wochenende sehr viele Rückmeldungen aus dem Einzelhandel bekommen. Das ist letztendlich für die von Ihnen angesprochene Lebensqualität in den Städten eine weitere wichtige Branche, die immer wieder durch diese Restriktionen in Mitleidenschaft gezogen werden, die wir dem Gesundheitsschutz geschuldet sind. Sie mögen vernünftig sein, aber es ist eben eine schwierige Situation für Handel, Gastronomie und Städte. Innerhalb der betroffenen Branchen gibt es wiederum Unterschiede. Die Clubs und Diskotheken sind komplett geschlossen. Da können Kurzarbeitergeld und möglicherweise Überbrückungshilfen wirken. Aber bei Handel und Gastronomie könnte es sein, dass sie in einem der wichtigsten Monate Schwellenwerte erreichen, die bei der Überbrückungshilfe noch nicht erfasst sind. Das ist meine erste Frage an Sie, Herr Boudih. Wie bewerten Sie das für Ihre Branche? Muss die neue Bundesregierung an der Stelle möglicherweise noch mal nachschärfen? Für ein Unternehmen hat es einen ganz anderen Stellenwert, ob es im Dezember ein Minus von 29 % macht und dann keine Überbrückungshilfe erhält, als wenn das in einem anderen Monat passieren würde.

Ausgestaltung von 2G. Wir sind der Landesregierung einerseits dankbar für gewisse Überbrückungstage, an denen nur Stichproben durchgeführt wurden. Wir haben auch da ein unterschiedliches Bild. Es gibt viele kleinere Händler, die damit überhaupt kein Problem haben. Die sind stammkundenlastig; da ist die Kontrolle kein Problem. Aber wir haben bei vielen Formaten das Problem, dass die Einlasskontrollen sehr, sehr

teuer und sehr zeitintensiv sind und damit am Ende dem Umsatz in einem wichtigen Monat schaden. Herr Boudih, vielleicht können Sie die Frage auch für die Gastronomie beantworten: Wie funktioniert die 2G-Kontrolle? Was ist das für ein Personalaufwand? Haben Sie einen Einblick, wie das beim Einzelhandel funktionieren kann?

Zum Stichwort „Bändchenlösung“ darf ich den Minister direkt ansprechen. Wird so etwas im Land erleichternd ermöglicht? In Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein sind Stichproben statt Dauerkontrollen gerade an den Hochfrequenzsamstagen ein Thema. Ich glaube, wie das an den nächsten beiden Wochenenden gehandhabt wird, betrifft sehr, sehr viele Kaufleute in unserem Land. Wir haben immer wieder gehört, dass betroffene Branchen gewisse Sonderopfer für die Gesellschaft erbringen. An der Stelle sind Erleichterungen und die Ausgestaltung von Förderprogrammen sehr wichtig.

Wibke Brems (GRÜNE): Herzlichen Dank, Herr Schürg und Herr Boudih, dass Sie heute hierhergekommen sind bzw. sich digital zugeschaltet haben und uns berichten. – Herr Schürg, an Sie habe ich ein paar Rückfragen zu den von Ihnen genannten Punkten in Bezug auf Lieferketten. Wir haben an unterschiedlichen Stellen gehört, dass sich die Situation in 2022 ein bisschen entspannen könnte. Sie haben gesagt, das geht alles nicht so schnell wie man meint. Vielleicht können Sie noch etwas Konkretes zu der Erwartung für unterschiedliche Bereiche sagen.

In Branchen, in denen es generelle Lieferengpässe mit Unterbrechungen und Verspätungen gibt, gibt es immer wieder einzelne Unternehmen, die davon nicht betroffen sind. Das gibt es zum Beispiel bei Elektrofahrrädern. Wir merken, Kundinnen und Kunden sollen eineinhalb Jahre auf ein Fahrrad warten. Es gibt aber einzelne Unternehmen, die innerhalb von sechs oder acht Wochen neue Räder liefern können. Bitte gehen Sie darauf ein, ob es solche Unterschiede in vielen Branchen gibt. Sie haben sehr allgemeine Zahlen genannt. Die Frage ist, was Unternehmen und wir insgesamt für die Zukunft daraus lernen können.

Herr Boudih, Sie sagten, Politik muss Entscheidungen treffen, um beide Seiten zu unterstützen. Bitte fassen Sie das ein bisschen konkreter. Das hilft uns in der Diskussion.

Eben ist die Frage der Kontrollen aufgekommen. Wir können wahrscheinlich alle aus unserem eigenen Erleben sagen, wie es mit den Kontrollen läuft, und zwar sowohl beim öffentlichen Personenverkehr als auch in der Gastronomie und in anderen Bereichen. Von daher finde ich es kurios, wenn nachgefragt wird, wie es mit Stichproben aussieht. Das ist im Grunde genommen die Realität. Es ist wichtig, den Menschen deutlich zu machen, dass Kontrollen notwendig sind, sie aber nicht immer und zu jeder Zeit möglich sind. Da muss man den richtigen Weg finden. Wenn man sich überlegt, wie oft man in der Realität wirklich in Gaststätten usw. ernsthaft kontrolliert wird, frage ich mich schon, ob man da nicht noch etwas verbessern könnte.

Christian Loose (AfD): Herr Vorsitzender! Herr Schürg, Sie sprachen Vallourec an. Da geht es um Tausende von Arbeitsplätzen. Vallourec gibt neben Corona als Grund für einen möglichen Verkauf die hohen Energiekosten und Rohstoffkosten in NRW an. Die IG Metall wirft den Vorständen aber strategische Fehler vor. Sind die von Vallourec genannten Gründe wirklich so einfach von der Hand zu weisen? In Frankreich bekommen

die Unternehmen Strom aus Kernkraftwerken und in Polen aus Kohlekraftwerken. Da haben wir Preisunterschiede von 70 % bzw. 40 % gegenüber Deutschland.

In NRW soll die Stahlherstellung über den Wasserstoffprozess noch mal deutlich verteuert werden. Herr Sundermann hat es angesprochen. Das ist politisch getrieben. Was genau erwarten Sie in dieser Situation von den Unternehmen? Erwarten die Arbeitnehmer dieser Firmen von den Gewerkschaften nicht auch, dass diese auf die Politik zugehen, damit diese massive Verteuerung über den Druck der Gewerkschaften verhindert werden kann? Wenn die Werke erst einmal geschlossen sind, ist es zu spät.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Es liegen jetzt eine Menge Fragen und Anmerkungen vor. Wir kommen zu den Antworten. Herr Schürg beginnt. Dann folgt Herr Boudih und danach Herr Professor Pinkwart.

Mike Schürg (IG Metall [per Video zugeschaltet]): Das war ein bunter Strauß an Fragen. Ich versuche, sie zusammenzufassen. Es gab Erstaunen, dass es in einigen Bereichen noch Vollauslastung gibt und wurde gefragt, in welchen Branchen das sein könnte. Der Minister hat vorhin schon eine Branche genannt, die wir zum Metall- und Elektrobereich zählen. Das ist der Maschinenbau. Der läuft nach wie vor sehr gut. Sie haben gesehen, das Handwerk fließt auch rein. Das läuft sehr gut. Ich kann die Vollauslastung nach der Befragung nicht genau auf einzelne Betriebe oder Branchen herunterbrechen. Aber das sind zwei Beispiele.

Der Kollege der FDP hat gefragt, wie die Stimmung mit Blick auf Corona ist. Im Prinzip kann man sagen, die Sorge, dass Lieferkettenengpässe zu massiveren Problemen führen können, ist da. Sie ist aber lange nicht so ausgeprägt wie die Sorge, dass sowohl Industrie als auch Politik als auch wir Gewerkschaften es versäumen, die Transformation der Industrie auf den Weg zu bringen. Das ist vorherrschend, muss man sagen. Mit Blick auf die Zukunft ist da sehr viel mehr.

Es gibt überall gute Konzepte auf Landesebene und im Koalitionsvertrag auf Berliner Ebene. Die Leute erwarten, dass endlich mal die PS auf die Straße gebracht werden, ob es um den Stahlbereich oder die Zukunft der Automobilindustrie geht. Da gibt es gute Ideen, wie man Industrie zukunftsfähig aufstellen und Richtung Klimaneutralität gehen kann. Aber da muss einfach was passieren. Ich will nicht die einzelnen Punkte benennen, ob das ein Fonds ist, um die Stahlindustrie zu stützen. Investitionen von 11 Milliarden Euro müssen getätigt werden. Das wird die Stahlindustrie nicht alleine schaffen. Die Aufsichtsräte in den Stahlbranchen müssen nächsten Frühjahr Investitionsentscheidungen treffen. Das wird aber niemand tun, solange man nicht weiß, ob die Politik Rahmenbedingungen schafft, damit es zu grünem Stahl kommt.

Richtung AfD sei gesagt: Eines ist klar. Wenn wir, wie ich es aus Ihren Äußerungen herausgehört habe, die Stahlindustrie mit Energie aus Atomkraftwerken oder aus Kohle aufstellen würden, wäre das nicht zukunftsfähig. Dann wäre Stahl auf jeden Fall in kürzester Zeit aus NRW verschwunden. Zukunftsfähigkeit bedeutet, Stahlindustrie in Richtung Klimaneutralität zu entwickeln. Wir müssen Vorreiter sein. Das muss uns gelingen. Wenn uns das nicht gelingt, wird auch kein anderes Land versuchen, es nachzumachen.

(Lachen von der AfD)

Es gibt übrigens schon Länder, in denen was passiert. In Spanien wird mit staatlicher Unterstützung eine Direktreduktionsanlage gebaut. In Schweden wird ein erstes Stahlwerk klimaneutral gebaut. Da muss dringend gehandelt werden. Das gilt genauso für den Umbau der Automobil- und Zulieferindustrie Richtung E-Mobilität. Da müssen strukturpolitische Entscheidungen gefällt werden. Da gibt es gute Beispiele aus OWL. Arbeitsmarktpolitische Entscheidungen müssen getroffen werden. Weiterbildungsfragen stehen an. Transformationskurzarbeitergeld, um Weiterbildungszeiten finanzieren zu können, stehen zur Diskussion. Das sind alles Punkte, bei denen die Leute in den Betrieben mehr Sorge haben, dass wir die Zeit verschlafen als dass sie Sorge haben, dass Corona noch mal zu größeren Problemen führen wird.

Mohamed Boudih (NGG): Auch ich will die verschiedenen Fragen zusammenfassend beantworten. Ich fange mit der Frage von rechts an: Was sagen wir dazu, dass angeblich Ungeimpften die Lohnfortzahlung verweigert wird? – Ich muss wirklich sagen, ich weiß nicht, ob Sie mir zugehört haben, oder ob Sie nicht in Wahrheit auf etwas ganz anderes aus sind, nämlich auf die übliche Spaltung zwischen Geimpften und Ungeimpften.

Unseren Kolleginnen und Kollegen im Gastgewerbe geht es in erster Linie darum, dass sie weiterarbeiten können, und dafür tun sie alles. Die meisten – die allermeisten – sind geimpft. Diejenigen, die nicht geimpft sind – in Deutschland gibt es ja keine Impfpflicht und Gott sei Dank auch keinen Impfwang –, lassen sich testen und gehen zur Arbeit. Das ist nicht die Diskussion, die wir haben. Ich bin auch nicht der Meinung, dass wir diese Diskussion anfangen sollten. Wir als Gewerkschaft appellieren an all unsere Mitglieder und an alle Beschäftigten, ob in der Industrie, im Gastgewerbe oder im Handwerk, dass die Impfung der beste Weg ist, um sich und andere Menschen vor Corona zu schützen. Das ist unser Petitionum, und dem folgen die allermeisten.

(Beifall von der SPD)

Das ist nicht die Diskussion, die wir in unseren Betrieben haben. Wie gesagt, unsere Menschen haben einfach Existenzsorgen, und die Frage der Impfungen ist keine solche Sorge, weil die allermeisten geimpft sind und die anderen sich an die zurzeit geltenden Regeln halten.

(Lachen von der AfD)

– Sie lachen immer wieder. Sie haben auch gelacht, als mein Kollege Mike Schürg gerade seine Ausführungen gemacht hat. Wenn Sie Bürgerinnen und Bürger, die wir beiden sind, und wenn Sie uns Gewerkschaften anhören, dann sollten Sie zuhören und nicht lachen.

Das gute Instrument des Kurzarbeitergeldes, um auf die Fragen der SPD und der CDU zu sprechen zu kommen, muss etwas verbessert werden. Der Meinung sind wir schon, obwohl ich auch der Meinung bin, dass es ein sehr, sehr gutes Instrument ist. In der Breite hat dieses Instrument schon in der damaligen Finanzkrise 2008, 2009 sehr stark geholfen, Beschäftigung in den Betrieben zu halten. Es hat dazu beigetragen, die Betriebe in eine Situation zu bringen, in der sie nach Auslaufen der Krise wirklich wieder

durchstarten konnten, weil die Menschen noch da waren und nicht erst wieder eingestellt werden mussten. Es ist wirklich ein gutes Instrument.

Wir haben ein Problem im Gastgewerbe und nicht nur im Gastgewerbe. Nehmen Sie die Lieferdienste. Nehmen Sie alle prekären Arbeitsverhältnisse, die wir in Deutschland haben. Es sind leider Gottes etwa 8 bis 10 Millionen Menschen, die in diese Bereiche fallen, also weit mehr als nur die gastgewerblichen Beschäftigten. Bei diesen Beschäftigten hat das Kurzarbeitergeld nicht diesen Effekt, zu sagen: Okay, ich muss ein paar Monate mit Kurzarbeitergeld überbrücken, und dann bin ich wieder im Job und arbeite weiter. – Die Situation bei diesen Menschen ist, dass 67 % oder 87 % von wenig einfach nicht zum Leben ausreicht. Da verfehlt das Kurzarbeitergeld in seiner jetzigen Struktur diesen Effekt, den wir eigentlich alle wollen, nämlich dass die Menschen in Arbeit bleiben. Die Betriebe entlassen sie nicht; denn sie brauchen die Beschäftigten. Aber die Menschen gehen weg.

Sie haben natürlich recht. Jedem Einzelnen gönne ich es, wenn er jetzt zum Beispiel im Einzelhandel Regale auffüllt oder an der Kasse arbeitet, besser bezahlt wird und sonntags auch noch frei hat. Das gönne ich denen. Mein Punkt ist, dass wir als Gesellschaft Interesse an dem Erhalt gastgewerblicher Strukturen haben müssen, weil wir sie als Gesellschaft brauchen. Wenn diese gesellschaftlich und kulturell relevanten Strukturen erhalten werden und zugleich dafür gesorgt wird – das ist unser Auftrag, und wir sind auch dran –, die Arbeitsbedingungen und die Löhne so zu verbessern, dass die Menschen dauerhaft eine Zukunft in dieser Branche sehen, dann erhalten wir etwas, was für unser Land und unsere Kommunen, insbesondere die kleinen Gemeinden, gut ist. Wenn da die letzte Kneipe schließt und auch kein Restaurant mehr geöffnet ist, findet dort gar nichts mehr statt, und die Lebensqualität leidet wirklich enorm.

Die Abgeordneten der FDP und der CDU sowie die Kollegin der Grünen haben gefragt, was wir uns konkret vorstellen. Das kann ich gerne ausführen. Zunächst einmal möchten wir, dass pauschale Schließungen einer ganzen Branche vermieden werden. Der Abgeordnete der FDP sagte, wir haben einiges getan, um diese Lockdowns zu vermeiden. Ich möchte unsere Kritik an den letzten Monaten an der Stelle etwas klarer formulieren: Unsere Kritik bezieht sich nicht aktuell auf 2G oder 3G oder 2G plus oder was auch immer aktuell Gültigkeit hat oder in den nächsten Wochen Gültigkeit haben kann. Unsere Kritik ist, dass das viel zu spät kommt. Ich bin kein Virologe und will mich auf dieses Feld nicht wagen. Aber wenn ich die Diskussion unter den Wissenschaftlern richtig verstanden habe, dann ist die Situation doch die: Wenn 2G oder 3G früher eingeführt worden wären und nicht zu früh gesagt worden wäre, es ist alles wieder gut, und die Pandemie ist praktisch zu Ende, hätte diese vierte Welle möglicherweise vermieden werden können, und die Auswirkungen auf das Gastgewerbe hätten ebenfalls vermieden oder zumindest abgemildert werden können.

Wir sind gegen die pauschale Schließung ganzer Branchen. Wir sind durchaus dafür zu haben, wenn man von einzelnen Bereichen spricht. Es gibt im aktuellen Infektionsschutzgesetz zum Beispiel die Möglichkeit, Diskotheken und Bars zu schließen, weil das oft sehr beengte Einrichtungen sind, in denen viele Menschen zusammenkommen. Das kann ein Instrument sein, wo Inzidenzen sehr hoch sind. Aber Restaurants und Hotels, die genügend Platz haben, um Abstände zu sichern, dürfen nicht geschlossen

werden, sondern müssen weiterarbeiten können. Sie brauchen klare Regeln, die die Politik setzen muss, damit die Betriebe Planungssicherheit und Gäste das Gefühl von Sicherheit haben und denken: Ich kann dahin gehen und bin gesundheitlich geschützt.

Ja, die Überbrückungshilfen müssen tatsächlich nachgeschärft werden. Unsere Betriebe haben, wenn es nicht gerade Konzernbetriebe sind, und das sind die allerwenigsten, wenn sie jemals Reserven gehabt haben, keine mehr. Die sind total aufgebraucht. Die Umsatzverluste und die Einbußen seit März 2020 sind so enorm, dass die bisherigen Überbrückungshilfen und staatlichen Unterstützungsmaßnahmen gerade ausgereicht haben, um Insolvenzen zu vermeiden. Wir sind heute gar nicht sicher, ob dauerhaft Insolvenzen vermieden werden können, oder ob es nicht doch dazu kommt, dass nachgelagert eine Insolvenzwelle auf uns zurollt. Aktuell sind die Regeln so gefasst, dass der Weg zum Insolvenzrichter nicht nach den alten Standards sofort verpflichtend ist, sondern man mehr Zeit hat. Deswegen muss jetzt dafür gesorgt werden, dass diese Überbrückungshilfen nachgeschärft werden, dass sie schneller fließen und bei den Betrieben ankommen, um für die nächsten Monate Sicherheit zu schaffen, damit die Betriebe auch im März noch existieren, wenn diese vierte Welle – hoffentlich früher – zu Ende geht. Da muss dringend nachgeschärft werden.

Was die Kontrollen von 3G und 2G angeht, kann ich Ihnen sagen, unsere Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben sind total überlastet. Sie schaffen es einfach nicht, jeden Gast zu kontrollieren. Ich glaube, dass die allermeisten ihr Bestes tun und dass die allermeisten Gäste auch vernünftig sind. Aber ich kann Ihnen sagen, teilweise spielen sich wirkliche Szenen in den Restaurants und Hotels ab. Unsere Kolleginnen und Kollegen müssen Diskussionen mit uneinsichtigen oder ungeduldigen Gästen führen, die das alles nicht einsehen. Das ist wirklich hanebüchen, und das ist teilweise unzumutbar und unmenschlich. Stellen Sie sich vor, Sie arbeiten acht oder neun Stunden in einem Betrieb, in dem Sie alle zehn Minuten jemanden darauf aufmerksam machen müssen, dass er die Maske über die Nase ziehen muss. Das ist nervig. Das ist total nervig. Ich rede gar nicht davon, dass beim Einlass schon kontrolliert werden muss: Hat man eine Impfung oder einen gültigen Test? – Das machen die meisten Betriebe vernünftig. Aber sie brauchen einfachere Strukturen für diese Kontrollen.

Ich habe im Februar angesprochen, dass es schon einfachere technische Möglichkeiten über Apps und Scantechniken gibt, die aber nicht in der Breite da sind. Die großen Betriebe, die sich das leisten können, machen das und haben das auch vorher schon gemacht. Im Gastgewerbe gibt es aber überwiegend kleine, familiengeführte Betriebe mit 10, 15 oder höchstens 50 Beschäftigten. Die haben nicht die finanziellen Ressourcen, um sich solche Techniken anzuschaffen. Da braucht es eine Unterstützung des Staates zur Einführung solcher Lösungen.

Die behördlichen Kontrollstellen sind ebenfalls überlastet. Ich erwarte nicht und weiß, dass nicht vor jede Kneipe eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter des Ordnungsamtes oder Polizeikräfte postiert werden können, um 3G oder 2G zu kontrollieren. Aber es sollte schon so sein, dass die Betriebe unterstützt werden. Ich stelle mir das gar nicht unbedingt in Form von Kontrollen vor. Die müssen auch sein, ja. Aber aufgrund der knappen Kapazitäten in den Behörden wird das nur stichprobenartig der Fall sein. Ich stelle mir vor, dass die kommunalen Behörden und die Landesbehörden mit den

Betrieben ins Gespräch gehen, um konkret vor Ort zu schauen, was für ein Konzept besteht, wie die Umsetzung erfolgt, wo es hakt und wo unterstützt werden kann.

Bei meinem letzten Termin im Februar, Herr Pinkwart, habe ich hier dafür plädiert, die Akteure gemeinsam an einen Tisch zu holen: die Arbeitgeberseite, unsere Seite, die Beschäftigtenseite, die Politik und auch Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen, um darüber zu sprechen, was man tun kann. Für diese vierte Welle ist das jetzt viel zu spät. Das hätte schon längst passiert sein müssen. Nicht einmal ein solches Gespräch mit den maßgeblichen Akteuren hat seit Februar stattgefunden. Wenn es stattgefunden hat, war unsere Gewerkschaft jedenfalls nicht dabei. Ich weiß zumindest nichts davon. Da gibt es also viel nachzuschärfen und zu tun.

Zur akuten Einkommenssituation und zum Kurzarbeitergeld: Ich wiederhole noch mal, wir brauchen ein Mindestkurzarbeitergeld. Die aktuelle Struktur ist nicht ausreichend, sondern wird die aktuell ohnehin vorhandene Negativentwicklung noch verschärfen.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE): Ganz herzlichen Dank für die vielen Anregungen und Hinweise. Herr Boudih, fast im Dreiwochenrhythmus mache ich mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften in Nordrhein-Westfalen eine Krisensitzung, an der Herr Laumann und Herr Lienenkämper regelmäßig teilnehmen und bei der wir all die Themen der Pandemie rauf und runter diskutieren. Es sind nicht alle Einzelgewerkschaften dabei, aber der DGB ist dabei, und ver.di ist dabei. Sie sind entsprechend vernetzt und rückgekoppelt. Ich bitte da um Verständnis. Wann immer Sie Anregungen gehabt hätten oder haben sind wir für Sie ebenso wie für alle anderen jederzeit zum Gespräch bereit. Wir führen die Gespräche, wir koppeln uns zurück, und wir nehmen auch viele Anregungen auf. Das gilt auch für das, was Sie heute gesagt haben.

Wir hatten den Lockdown für die Gastronomie im November und Dezember. Diese Sonderhilfen, die es damals gab, sahen zum Beispiel vor, dass Investitionen in digitale Instrumente in vollem Umfang als Aufwand hätten finanziert werden können. Das haben viele Betriebe gemacht. Auch Betriebe, die im Nachgang in die Überbrückungshilfe gegangen sind, können das tun. Wer das jetzt macht, kann die Aufwendungen ebenfalls geltend machen. Wir haben mit DEHOGA zusammen Maßnahmen ergriffen und Initiativen unternommen, mit dem Ziel, das noch auszubauen. Da ist viel geschehen, was nicht heißt, dass es nicht noch zusätzlicher Anstöße für manche Betriebe bedarf. Da bin ich bei Ihnen. Dafür haben wir ein absolut offenes Ohr.

Was die Beschäftigten anbetrifft, so sind wir mit den Vertretern aus dem Hotel- und Gaststättenbereich auch wegen der Personalnöte im Austausch. Auch dazu haben wir schon Initiativen angestoßen. Wir kommen jetzt leider in diese vierte Welle. Wir haben das noch vor der vierten Welle angestoßen, um zu schauen, wie neues Personal qualifiziert und schneller wieder für den Beruf begeistert werden kann. Dazu stehen wir im Austausch. Ich will aber auch offen sagen, derzeit gibt es Alternativen auf dem Arbeitsmarkt. Ich glaube, Herr Sundermann hat es vorhin mal gesagt. Das muss man sehen. Das war auch vor der Pandemie schon der Fall. Die Leute gehen in andere Bereiche. Es ist auch ihr gutes Recht, sich anzuschauen, was ihnen der Arbeitsmarkt bietet und wo sie die besten Bedingungen vorfinden. Das diskutieren wir in aller Offenheit. Wir haben das im Zusammenhang mit dem Bericht der Enquetekommission zum Handwerk

im Plenum diskutiert. Aber auch mit dem DEHOGA spreche ich das offen an. Die Arbeitsbedingungen müssen so gestaltet werden, dass die Berufe attraktiv bleiben. Wenn ich über fehlenden Nachwuchs klage, muss ich mich fragen: Stimmen meine Voraussetzungen noch? – Das muss ich als Ökonom auch mal sagen.

Im Pflegebereich werden auch dringend Menschen benötigt. Wir könnten mit der Pandemie anders umgehen, wenn wir nicht die Personalnöte in den Kliniken hätten. Wir können viele Intensivbetten nicht mobilisieren. Das ist kein technisches Problem. Wir sind ein reiches Land und haben die Infrastruktur. Wir haben im Moment aber die Menschen nicht. Wenn mancher sagt, er wechselt, fördern wir das auf der anderen Seite, weil wir sie akut eben auch in anderen Bereichen benötigen.

Wir müssen uns was einfallen lassen. Wir können uns gern dazu austauschen, wie das aussehen kann. Ich bin der Meinung, dass wir im Hotel- und Gaststättengewerbe mit Hilfe der Digitalisierung die Arbeit anders organisieren, die Produktivität der Beschäftigten erhöhen und ihnen dann auch angemessenere Gehälter offerieren können als es heute vielfach der Fall ist. Auch darüber müssen wir mit Blick auf den Fachkräftemangel der nächsten Jahre reden. Uns fehlen jedes Jahr 400.000 Fachkräfte, Tendenz steigend.

Dann kommt das Thema, das vorhin beim Stahl angesprochen wurde. Herr Schürg, da haben Sie völlig recht. Das Handwerk hat uns gesagt, wir brauchen 120.000 zusätzliche Fachkräfte, nur um die Energiewende stemmen zu können. Wir brauchen also überall zusätzliche Arbeitskräfte. Wir werden uns auch durch neue Formen der Arbeit helfen müssen, um noch produktiver sein zu können.

Das werden wir über die Kurzarbeit nicht ausgleichen können. Das haben Sie selbst angedeutet. Das ist ein tolles Instrument und hat uns ungemein geholfen, durch diese Krise zu kommen. Aber wir werden Menschen dadurch nicht in einem Bereich festhalten dürfen, aus dem sie aus objektiven Gründen eigentlich herausgehen müssten, es sei denn, die Bedingungen veränderten sich dort. Wir müssen darüber nachdenken, wie sich die Bedingungen im Hotel- und Gaststättengewerbe und in anderen Branchen so verändern können, dass bei der Personalknappheit, die wir in Zukunft haben, mehr Menschen bereit sind, in den Berufen zu verbleiben, weil wir sie dringend brauchen. Das unterstreiche ich vor allen Dingen mit Blick auf den Handel und die Innenstädte. Uns sagen alle Expertinnen und Experten, wenn wir in Zukunft lebendige Innenstädte wollen, brauchen wir die Gastronomie. Wir brauchen Eventcharakter in den Innenstädten, um überhaupt noch Menschen zu Einkäufen in der Innenstadt zu bewegen. Dabei rede ich von der Zeit nach der Pandemie. Dann soll es weitergehen, und wir müssen für Attraktivität sorgen. Dafür sind sicherlich Investitionen und vielleicht auch eine andere Art der Vermittlung des Geschäfts notwendig. Es gibt positive Beispiele, bei denen das schon längst gelingt. Da sehe ich erheblichen Innovationsbedarf.

Was die Überbrückungshilfe mit der 30%-Grenze anbetrifft, haben wir leider beihilferechtliche Probleme der EU. Das ist nicht nur von unserem Behördentisch aus gedacht, sondern da sind Grenzen gesetzt, an die wir uns halten müssen. Wir müssen schauen, ob wir noch andere Lösungen finden können.

Vorhin klang an, die Politik hätte möglicherweise im Sommer nicht hinreichend agiert. Ich habe voriges Jahr schon sehr selbstkritisch gesagt, wir hätten den Sommer des vergangenen Jahres besser nutzen sollen. Im vergangenen Jahr würde ich sagen, es galt durchgängig. Wir waren alle erschöpft. Ich glaube, in diesem Sommer muss man es differenziert sehen, weil es unterschiedliche Handlungen gegeben hat.

Ich will das mal für Nordrhein-Westfalen sagen, und zwar nicht, weil das meinen Zuständigkeitsbereich beträfe, sondern weil das Karl-Josef Laumann betrifft. Deswegen kann ich das, glaube ich, tun. Er hat in Pflegeheimen schon boostern lassen, als die STIKO das noch nicht empfohlen hatte. Das hilft uns in Nordrhein-Westfalen nicht nur bei der Inzidenzzahl, mit der wir deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liegen. Wir haben auf den Intensivstationen noch nicht solche Probleme wie andere und Gott sei Dank auch nicht derartig hohe Sterbezahlen wie andere, weil er das sehr früh angegangen ist. Die Impfquote ist im Durchschnitt drei Prozentpunkte höher als im Bund. Auch das ist wichtig. Wir haben hier immer dafür geworben und Kapazitäten geschaffen. Auch wir hätten sicherlich noch mehr tun können. Das will ich gar nicht in Abrede stellen. Aber hier ist gehandelt worden.

Ich will das auch im Vergleich zu unseren europäischen Nachbarn sagen. Über die deutschen Talkshows bin ich nahezu entsetzt. Alles dreht sich um Deutschland. Dass wir um uns herum viele Nachbarn mit viel höheren Inzidenzen haben, nehmen wir irgendwie gar nicht wahr. Ich glaube, Belgien liegt inzwischen bei weit über 1.000. Der Wert in den Niederlanden liegt bei über 800, und zwar seit Wochen auf sehr hohem Niveau. Wir können uns doch nicht losgelöst wie auf einer Insel betrachten. Um uns herum haben wir es mit einem ganz anderen Pandemiegeschehen zu tun. Da behaupten wir uns, würde ich sagen, durchaus als Gesellschaft insgesamt. Auch die Bürgerinnen und Bürger sind in ihrer großen Mehrheit sehr verantwortungsvoll.

Jetzt müssen wir sehen, dass wir das Notwendige tun, ohne alles andere erneut infrage zu stellen. Das ist ein Abwägen. Natürlich ist das auch nicht so ertragbringend. Das ist richtig. Da müssen wir gucken, wie wir das hinbekommen und uns mit 2G plus, vielleicht auch auf Abstand, mit mehreren im Restaurant treffen können. Auch das muss noch möglich sein, oder wir müssen die Lokale schließen. Das gehört dazu.

Herr Schürg, als letzten Gedanken möchte ich noch mal Stahl und Vallourec ansprechen. Wir haben das sehr im Blick. Wir sind mit Ihren Kollegen ebenso im engen Austausch wie mit dem Unternehmen. Das Thema „Vallourec“ muss man sehr differenziert betrachten. Man muss vor allen Dingen Rückwirkungen auf andere Bereiche des Stahls mit im Blick haben. Auch das tun wir, weil es Mitbeteiligungen von Vallourec im Stahlbereich gibt. Das muss eng abgestimmt und gut geregelt sein, damit die Kette nicht bricht.

Auch dazu, was von Vallourec hierbleiben kann, stehen wir im Austausch. Es werden Käufer gesucht. Wir meinen, da gibt es Potenzial. Das haben Sie angedeutet. Wir müssen schauen, ob wir das mobilisieren können. Es ist uns immer wieder gelungen, im gemeinsamen Bemühen doch mehr zu erreichen als es zunächst möglich erschien. Ich hoffe, dass uns das hier im Ergebnis auch gelingen kann.

Herbert Strotebeck (AfD): Herr Schürg hat meine Frage nicht beantwortet. Ich hatte gefragt: Was sagen Sie dazu, dass Arbeitnehmer, die freiwillig ungeimpft sind, im Falle einer Quarantäne ihren Lohnfortzahlungsanspruch verlieren? – Ich weiß nicht, Herr Boudih, was daran spalterisch ist. Es ist eine wichtige Frage für die Betroffenen, und es ist natürlich auch wichtig, dazu die Einstellung der Gewerkschaft zu hören.

Christian Loose (AfD): Herr Boudih, Sie haben mich zu einem Punkt direkt angesprochen. Mit allem Respekt: Noch im Mai hat die NGG vor einer Diskriminierung von Nichtgeimpften gewarnt. Jetzt drängen Sie selbst die Beschäftigten zu einer Impfung und diskriminieren mit Ihren Worten hier im Saal die ungeimpften Beschäftigten. Die Ungeimpften sind in einer Minderheit, und es gibt für jeden Ungeimpften gute Gründe, warum er sich nicht hat impfen lassen. Für jeden dieser Menschen. Das ist alles eine private Entscheidung. Es war mal die Aufgabe der Gewerkschaften, sich auch für die Minderheiten unter den Arbeitnehmern einzusetzen. Deshalb haben mich Ihre Worte sehr entsetzt, Herr Boudih.

Warum ich bei den Worten von Herrn Schürg gelacht habe, Herr Boudih? Weil es inzwischen nur noch Galgenhumor ist; denn Herr Schürg hat sich mit seinen Worten nicht für die Arbeitnehmer eingesetzt, sondern ihm ging es darum, dass andere Länder nicht mitziehen würden, wenn wir die Transformation nicht machen. Er wollte, dass der Staat Steuerzahlergeld an die Unternehmen gibt, damit die diese Transformation machen, und das nicht, um Arbeitsplätze zu sichern, sondern weil die anderen Länder sonst nicht mitmachen. Das waren Ihre Worte, Herr Schürg. Dazu können Sie noch was sagen.

Die anderen Länder machen doch schon lange nicht mit. Da werden Kernkraftwerke gebaut, da werden Kohlekraftwerke gebaut, und Sie wollen über eine Dauer von 10, 20, 50 oder 100 Jahren – dazu können Sie was sagen, Herr Schürg – die Wasserstofftechnologie weiter subventionieren; denn der Stahl wird viel teurer sein. Oder soll es nur so weit gehen, bis die Unternehmen endgültig das Land verlassen haben?

Mike Schürg (IG Metall [per Video zugeschaltet]): Zu dem Thema „Impfen in Betrieben“ schließe ich mich dem an, was Herr Boudih gesagt hat. Dazu ist alles gesagt.

Zukunftsfähigkeit der Stahlindustrie. Ich wusste ja, dass Sie in vielen Themen die Ewiggestrigen sind. Aber dass Sie auch bei der Frage, wie sich Industrie aufstellen muss, sozusagen zurück in die Zukunft wollen ... Mir fällt dazu nichts ein. Dazu habe ich eben auch schon alles gesagt.

Mohamed Boudih (NGG): Es ist schon bemerkenswert, zu erleben, was man sonst nur aus der Presse kennt, nämlich wie sich Ihre Partei in gewissen Diskussionen verhält, ob hier im Landtag oder in kommunalen Parlamenten oder im Bundestag. Da sieht man es oft im Fernsehen. Sie sagen überhaupt nichts zur Sache. Ich spreche hier für Zehntausende Beschäftigte in der Gastronomie und habe vorgetragen, wie ihre Situation ist. Ich habe von Ihnen nichts gehört. Wenn mich morgen einer fragt: „Du warst im Landtag. Was haben die Parteien denn eigentlich zu unserer Lage in den

Restaurants und Hotels gesagt?“, dann werde ich denen sagen müssen: Die AfD hat dazu nichts beigetragen.

(Beifall von der CDU und der SPD – Christian Loose [AfD]: Dann haben Sie nicht zugehört!)

– Ich habe sehr gut zugehört.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

– Dann müssen wir über Gepflogenheiten sprechen: Ich möchte das ganz gerne in Ruhe ausführen; ich habe Ihnen auch zugehört.

Sie tragen hier nichts zur Sache bei. Sie eröffnen Konfliktfelder, wo keine sind, und Sie stellen falsche Behauptungen auf. Ich habe nicht gesagt, dass ich dafür bin, dass Menschen, die sich nicht impfen lassen, diskriminiert werden dürfen. Unsere Aussage, die Sie zitiert haben, bleibt. Wenn jemand heute, im Dezember 2021, sagt: „Ich lasse mich nicht impfen“, er sich aber an die restlichen Regeln hält, zum Beispiel dadurch, dass er sich durch einen Test Zugang zu was auch immer – auch zur Arbeitsstätte – verschafft, dann ist das in Ordnung. Dann darf der nicht weiter belangt werden.

Ich habe aber auch gesagt – das habe ich im Mai 2021 gesagt, und das habe ich auch früher gesagt, nämlich seit Impfungen in Deutschland verfügbar sind –, dass die Impfung der beste Weg für uns alle ist, um aus der Pandemie zu kommen, und dass es ein Akt der Solidarität ist,

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

dass sich jeder überlegt, ob er diese Spritze in Anspruch nimmt. Wenn einer das nicht tut, dann ist das so. Aber ich persönlich höre nicht auf, zu diskutieren und zu versuchen, Menschen von diesem solidarischen Akt zu überzeugen.

Ein Grund, warum wir in der Coronadauerschleife sind, und das nervt die Beschäftigten im Gastgewerbe auch, ist doch, dass sich zu viele – eine Minderheit, aber dennoch zu viele – Menschen dieser Solidarität nicht anschließen und sich nicht impfen lassen wollen. Deswegen kommen wir schwer aus der Pandemiekrise heraus.

Ich würde mir wünschen, dass Vertreterinnen und Vertreter der Politik von Ihrer Seite mit dazu beitragen, dass diese Vernunft einkehrt und wir gemeinsam durch Impfungen und durch individuell vernünftiges und verantwortungsvolles Verhalten besser aus der Krise kommen.

Ich höre mir gerne an, was Sie ansonsten zur Lage der Beschäftigten zu sagen haben. Ich habe heute nichts dazu gehört. Ich höre mir auch gerne an, welche Konzepte Sie für die Beschäftigten im Gastgewerbe haben und wie den Betrieben geholfen werden kann. Wenn Sie in der Sache etwas beizutragen haben, bin ich ganz Ohr.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE): Ich wollte gerne noch eine Bemerkung zu den hier kritisierten Ausführungen von Herrn Schürg machen. Ich möchte mich umgekehrt stellvertretend bei Ihnen, aber auch bei Herrn Boudih und allen anderen Gewerkschaften bedanken, die sich dafür einsetzen, dass wir diese Transformationsprozesse zusammen gehen können. Das ist alles andere als selbstverständlich.

Natürlich sind das Herausforderungen. Natürlich haben viele Beschäftigte Sorgen, ob das alles funktionieren wird. Aber was wäre denn, wenn sich die Gewerkschaften dagegenstellen würden? Das würde nichts daran ändern, dass sich die Welt um uns herum schon längst geändert hat. So habe ich Herrn Schürg verstanden. Wenn in Schweden und anderswo sauberer Stahl produziert werden kann und wir nicht hinterherkommen, haben wir ein Problem für unsere Beschäftigten. Das wollen wir nicht. Deswegen können wir es nur zusammen machen. Das ist eine große Herausforderung; da müssen wir ehrlich sein. Es ist noch nicht alles erreicht, was wir erreichen müssen. Aber gemeinsam daran zu arbeiten, ist schon mal ein toller Fortschritt. Dafür möchte ich mich noch mal bedanken.

(Beifall von der FDP)

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Minister Pinkwart. – Ich schließe die Aussprache. Das war ein guter Austausch über die letzten Monate, wenn wir mit Vertretern der verschiedenen Branchen im Ausschuss geredet haben. Wir nehmen deren Argumentationen auf. Es ist gut, wenn aus der einen oder anderen Anmerkung oder Anregung Handlungsinitiativen entstanden sind und entstehen. So haben wir das von Anfang an angelegt. Im Wirtschaftsausschuss ist es guter Brauch, in einem gepflegten Umgang miteinander Argumente auszutauschen.

Ihnen beiden will ich heute noch mal ganz herzlich für Ihre Anwesenheit, Ihre Anregungen und Informationen danken. Ich habe gerade gehört, dass die Präsentation von Herrn Schürg schon vorliegt. Die werden wir dem Protokoll beifügen, sodass Sie Ihnen bald zur Verfügung steht. Alternativ werden wir Sie Ihnen vorab zuleiten.

Ein herzliches Dankeschön an Sie beide, dass Sie heute dabei waren und uns noch mal die Situation in Ihren Branchen geschildert haben. Bleiben Sie gesund und danke für Ihre Empfehlung für das Impfen. Wir haben alle in den nächsten Wochen Termine für Booster-Impfungen. Vielen Dank.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

3 Umsetzungen der Empfehlungen der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE) trägt vor:

Ich hatte in Reaktion auf die Koalitionsvereinbarung in Berlin einen Zehnpunkteansatz vorgestellt und Ihnen unmittelbar zugeleitet. Es handelt sich um Vorschläge, die sich sehe, um Anregungen, wie wir das mit unserer Herausforderung im Rheinischen Revier verbinden können und wie wir mit dem von Ministerpräsident Hendrik Wüst in seiner Regierungserklärung angestrebten vorgezogenen Kohleausstieg bis 2030 umgehen können, was das für das Rheinische Revier bedeutet und wie wir meinen, das vernünftig ausfüllen zu können. Ich habe Ihnen das zugeschickt. Wir haben Gelegenheit, bei der Außensitzung im Januar vor Ort zu sein. Dort werden Expertinnen und Experten vortragen können, mit denen wir zusammenarbeiten. Wir können gerne in die Details einsteigen, aber dann wird es schnell umfassender. Deshalb schlage ich vor, bei der Gelegenheit die einzelnen Punkte zu beraten und zu diskutieren.

Vorsitzender Georg Fortmeier befürwortet den Vorschlag.

Wibke Brems (GRÜNE) begrüßt die angekündigte Präsentation der Studie zu Arbeitplatzeffekten des Wirtschafts- und Strukturprogramms und bittet gleichzeitig, den Ausschuss nicht später zu informieren als die Öffentlichkeit.

Wegen einer Lücke im Fördersystem halte der Minister laut eigener Aussage für Innovationsprojekte in Unternehmen eine neue Förderrichtlinie des Bundes für erforderlich. Gleichzeitig schließe die Rahmenrichtlinie des Landes gewisse Unternehmen aus. Darauf habe sie bereits im Mai hingewiesen. Laut Rahmenrichtlinie seien für diese Strukturmittel nur Kommunen und öffentliche Unternehmen zuwendungsberechtigt. Bei sonstigen juristischen Personen sei dies nur der Fall, wenn das zu fördernde Vorhaben der Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe diene. Das führe zu der Frage, ob diese sehr starke Einschränkung unmittelbare Folge der Bundesvorgaben sei und ob eine Bund-Länder-Vereinbarung diese Einschränkung nicht habe verhindern können.

Die von der Landesregierung angestrebte schnellere Auszahlung der Strukturfördermittel und die Auflegung eines Sondervermögens sei nachvollziehbar und wünschenswert. Gleichzeitig habe die FDP eine Flexibilisierung der Schuldenbremse verhindert und die explizite Anrechnung der Sondervermögen durchgesetzt. Das passe nicht zusammen.

Zur Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung kündige das Land eine Taskforce und eine Sonderplanungszone an. Grundlage hierfür solle vermutlich die Experimentierklausel des Landesplanungsgesetzes sein. Dargelegt werden solle, wann mit der Vorlage entsprechender Verordnungen gerechnet werden könne.

Seit drei Jahren kündige das Wirtschaftsministerium den Gigawattpark für erneuerbare Energien fürs Revier an, auch wenn die Größenordnung im Grunde genommen nichts Besonderes sei.

Bezüglich der planerischen Umsetzung des Kohleausstiegs bis 2030 herrsche bei der Landesregierung an vielen Stellen Optimismus. Sie befürchte, der Braunkohlenausschuss werde mit der aktuellen Mittelausstattung nicht wirklich in der Lage sein, die notwendigen Planungsverfahren in den zur Verfügung stehenden Zeiträumen durchzuführen und die Planungen von RWE kritisch zu prüfen. Beispielhaft sei die Rodung des Bochheimer Wäldchens genannt. Zwar liege dem Braunkohlenausschuss das Gutachten vor, doch dieser habe darauf gar nicht reagieren können. In solchen Fällen einfach Tatsachen zu schaffen, dürfe nicht wieder vorkommen.

Die Unsicherheit für die Menschen in den Tagebaudörfern Garzweiler müsse enden. Dafür dürfe die Verantwortung nicht auf den Bund abgeschoben werden. Auch die Landesebene könne aktiv werden und in den geretteten Dörfern für neuen Aufbruch sorgen. Dort seien viele Fragen offen, die sich für Außenstehende zum Teil als Kleinigkeiten darstellten, für die dort lebenden Menschen jedoch Identitätsmerkmale darstellten.

Christian Loose (AfD) kommt auf die Aussage des Wirtschaftsministeriums zu sprechen, nach der für das Erreichen der Klimaziele bis 2030 der Ausbau der erneuerbaren Energien und der Netze forciert und zusätzlich moderne Gaskraftwerke errichtet werden müssten. Ihn interessiere, ob geplant sei, diese Maßnahmen durch das Land selbst zu realisieren bzw. wie der Bau von Gaskraftwerken durch andere sichergestellt werden solle; denn mit Blick auf das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 könnten herkömmliche Gaskraftwerke nur noch über einen relativ kurzen Zeitraum betrieben werden. Blieben die Kraftwerke danach nur noch in Reserve, liefen sie nur noch für wenige Tausend oder sogar wenige Hundert Betriebsstunden pro Jahr. Angesichts dieser Perspektive müssten den Betreibern neben Investitionskosten auch noch laufende Kosten erstattet werden, damit sich überhaupt jemand für die Errichtung und den Betrieb solcher Kraftwerke finde.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE) betont, Gas werde als Brückentechnologie benötigt, wobei neue Gaskraftwerke H2-Ready sein müssten. Mit zunehmendem Wasserstoffanteil im System könne dadurch der Mix erneuerbarer Energien in der gasbasierten Stromversorgung erhöht werden. Siemens verfüge über diese Technologie. Planungs- und Genehmigungsverfahren müssten verkürzt werden. Trotzdem erforderten derartige Kraftwerke einen gewissen zeitlichen Vorlauf. Aufgrund der schon vorhandenen Netze seien bisherige Kohlestandorte ideal. Derartige Elemente werde die Energieversorgungsstrategie 2.0 enthalten, die aktuell erarbeitet und zeitnah vorgestellt werden.

Die Politik müsse Rahmenbedingungen und Anreize setzen, damit Investoren bereit seien, derartige Brückentechnologie bereitzustellen. Gaskraftwerke mit dem Standard H2-Ready seien auch nach 2045 nutzbar.

Erforderlich seien Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigungen. Der neue Bundeswirtschaftsminister habe das bereits deutlich gemacht. Da komme in den nächsten Wochen und Monaten eine Menge auf Bund und Länder zu. Um den Menschen in den vom Tagebau betroffenen Dörfern abschließende Sicherheit zu

geben, müssten bis zum Sommer die gesetzgeberischen Voraussetzungen geschaffen werden. Nur dann könne die auf 2022 vorgezogene Prüfung hinsichtlich Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Strukturwandelthemen das gewünschte Ergebnis erbringen. Positiv sei, dass der Koalitionsvertrag auf Bundesebene nicht den Ausstieg, sondern den Einstieg in den Vordergrund stelle. Das Land Nordrhein-Westfalen werde ich sehr engagiert in den Prozess einbringen.

Mit dem Gigawattpark habe das Land eine Idee der WSBK aufgegriffen. Mit potenziellen Investoren werde daran gearbeitet, um den gewünschten Ausbau erneuerbarer Energien bis Ende der 2020er-Jahre im Rheinischen Revier zu erreichen.

Sobald die Studie zu Arbeitsplatzeffekten des Wirtschafts- und Strukturprogramms vorliege, werde sie den Ausschussmitgliedern zugesandt. Erläutert werden solle sie den Abgeordneten durch die externen Gutachter selbst, da diese dann zugleich für Rückfragen zur Verfügung stünden.

Dr. Patricia Peill (CDU) begrüßt das Engagement des Landes im gesamten Prozess und begrüßt den Zehnpunkteplan. Mit Bezug auf die beschleunigte Auszahlung der Strukturmittel des Bundes habe der Minister von der Notwendigkeit eines Sondervermögens gesprochen. Das könne einen wichtigen Lückenschluss darstellen.

Nicht aus den Augen verloren werden dürfe die Rekultivierung der Region. Morschenich habe sich selbst als Ort der Zukunft entwickelt. Das habe weder die Landesregierung noch die ZRR vorgegeben. Die Region entscheide selbst, welchen Weg sie gehen wolle. Das solle den Dörfern auch genötigt werden.

Wibke Brems (GRÜNE) stellt klar, sie wolle den Dörfern keine Wege vorgeben; doch bräuchten die vielen Aktiven vor Ort Unterstützung, um den Strukturwandel gestalten und andere anstehende Fragen bewältigen zu können.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE) hebt auf den ständigen Austausch der Landesregierung und der Umsiedlungsbeauftragten mit Betroffenen ab. Sowohl mit dem bergbautreibenden Unternehmen als auch mit den Betroffenen würden Gespräche geführt. Ein Prozess werde aufgesetzt, der sowohl die soziale als auch die ökologische Dimension im Blick behalte. Das könne allerdings nicht innerhalb weniger Monate realisiert werden.

Die Chancen hätten sich erfreulicherweise deutlich verbessert, aber es müsse aber noch einiges geschehen, damit diese auch genutzt werden könnten.

4 Lage der Automobilzulieferindustrie in NRW (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]*)

Vorlage 17/6065

Christian Loose (AfD) kommt auf die Aussage von Professor Wellnitz im Rahmen einer Anhörung zu sprechen, nach der praktisch die gesamte Entwicklungsarbeit für Elektromobilität von den Zulieferern geleistet werde. Für die Zulieferer stelle diese Leistung allerdings lediglich die Eintrittskarte da, um überhaupt Aufträge von den Automobilherstellern zu erhalten; voll bezahlt würden sie für diese Entwicklungen nicht. Ein Niedergang der Zulieferer stelle somit auch einen enormen Verlust an Innovationsfähigkeit der Branche dar.

Der Kostendruck sei vor allem aufgrund der wegfallenden Umsätze derzeit viel zu hoch und könne die Zulieferer erdrücken. Da das Land nach eigenem Bekunden bereit sei, mit Landesbürgschaften zu helfen, ergebe sich die Frage, ob die Landesregierung aktuell generell Gespräche mit Zulieferern führe und in wie vielen Fällen über Landesbürgschaften gesprochen werde. Geklärt werden solle auch, ob alle Zulieferer über die Möglichkeit einer Landesbürgschaft informiert seien.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE) betont, das Ministerium stehe im ständigen Gespräch mit Automobilzulieferern, allerdings nicht speziell über Landesbürgschaften, sondern mit Schwerpunkt auf der Frage, wie die Zukunft gestaltet und die Position der Zulieferindustrie weiter verbessert werden könne.

Das Land habe vor einigen Monaten die Ergebnisse einer Studie zur Situation der Branche veröffentlicht. Gerade für die nordrhein-westfälische Zulieferindustrie sehe es gar nicht schlecht aus. Vier Fünftel der Betriebe hätten eher Chancen in der neuen Welt, während ein Fünftel eher mit Anpassungsproblemen kämpfe.

In mehreren Gesprächsrunden hätten Wirtschaftsministerium und Zulieferbetriebe besprochen, wie bestimmte Schwerpunkte vorgebracht werden und Beteiligungen an Bundesinnovationsprogrammen erfolgen könnten. Weder in diesen Gesprächen noch am Rande oder danach habe er Hinweise auf die Notwendigkeit von Landesbürgschaften bekommen. Sicherlich habe es in den letzten Jahren betriebliche Anpassungen insbesondere bei Unternehmen gegeben, die bislang stärker auf Autos mit Verbrennungsmotoren gesetzt hätten. Das Land habe bei einer möglichst sozial- und strukturverträglichen Umsetzung unterstützt. Akuten Handlungsbedarf in diesem Bereich kenne er nicht.

5 Innovationsraum Innenstadt und Einzelhandel im Strukturwandel stärken

Antrag

der Fraktion der CDU und

der Fraktion der FDP

Drucksache 17/13765

Stellungnahme 17/4513

Stellungnahme 17/4499

Stellungnahme 17/4503

Stellungnahme 17/4505

Stellungnahme 17/4507

Stellungnahme 17/4502

Stellungnahme 17/4504

Stellungnahme 17/4521

Stellungnahme 17/4524

Ausschussprotokoll 17/1632 (Anhörung vom 12.11.2021)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen – federführend – sowie an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung am 19.05.2021)

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD bei Enthaltung der SPD-Fraktion zu.

6 Innenstädte – neue Räume für die Zukunft

Antrag
der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/14262

Stellungnahme 17/4513
Stellungnahme 17/4499
Stellungnahme 17/4503
Stellungnahme 17/4505
Stellungnahme 17/4507
Stellungnahme 17/4502
Stellungnahme 17/4504
Stellungnahme 17/4521
Stellungnahme 17/4524

Ausschussprotokoll 17/1632 (Anhörung vom 12.11.2021)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen – federführend – sowie an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung am 02.07.2021)

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD-Fraktion ab.

7 Risikopotentiale für Extremwetterereignisse identifizieren – Vorbeugende Maßnahmen für zukünftige Flutkatastrophen zügig umsetzen

Antrag

der Fraktion der AfD

Drucksache 17/14950

Stellungnahme 17/4497

Stellungnahme 17/4509

Stellungnahme 17/4501

Stellungnahme 17/4438

Stellungnahme 17/4514

Stellungnahme 17/4517

Stellungnahme 17/4523

Stellungnahme 17/4464

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen – federführend –, an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz sowie an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung am 08.09.2021)

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

**8 E10-Kraftstoff zerstört die Umwelt und sorgt für steigende Lebensmittel-
preise – 10 Jahre CDU-Biokraftstoffquote jetzt beenden**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/15259

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

*(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Umwelt, Land-
wirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz – federführend – sowie
an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung
am 08.10.2021)*

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktio-
nen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen
die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

9 Wie stellt sich der Abruf von der Landesregierung aus dem Corona-Rettungsschirm für Klimaschutz bereitgestellten Mittel dar? *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 4])*

Vorlage 17/6135

Wibke Brems (GRÜNE) fordert mehr Transparenz bei der Bewirtschaftung der Mittel des Corona-Rettungsschirms und regt eine bessere und regelmäßige Übersicht vonseiten des Ministeriums an.

Bei Kapitel 14 010 Titelgruppe 88, Maßnahmen zur Bewältigung aller direkten und indirekten Folgen der Corona-Krise – Hilfen aus dem Sonderprogramm Rettungsschirm des Landes, fänden sich sowohl für 2021 als auch für 2022 nur Strich-Ansätze. Warum nicht zumindest die Daten für 2021 nachgetragen worden seien, solle der Minister erläutern.

Zudem fehle in der Vorlage die Antwort auf Frage 3 des Berichtswunsches.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE) sagt zu, diese Angaben nachzureichen.

10 Verschiedenes

a) Informationsfahrt am 18. und 19. Januar 2022 zum Strukturwandel im Rheinischen Revier

Vorsitzender Georg Fortmeier betont, die Fahrt steht noch immer unter dem Vorbehalt des sich entwickelnden Infektionsgeschehens, und erläutert den wesentlichen Ablauf.

Üblicherweise tagte der Ausschuss öffentlich. Da eine Übertragungsmöglichkeit für all diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die der geplanten Ausschusssitzung am 19. Januar digital beiwohnen wollten, während der Reise nicht sichergestellt werden könne, erfolge die Rückfahrt entgegen der ursprünglichen Planung so frühzeitig, dass die Sitzung nach Einnahme eines Mittagessens am 19. Januar ab 13 Uhr im Landtag abgehalten werden könne.

b) Organisatorisches

Vorsitzender Georg Fortmeier lädt zur nächsten Obleuterunde am 16. Dezember 2021 um 11:30 Uhr ein.

Er bedankt sich für die guten Beratungen im Ausschuss während des ablaufenden Jahres und wünscht allen Kolleginnen und Kollegen eine schöne Weihnachtszeit.

Die nächste Ausschusssitzung finde am 12. Januar 2022 in Form einer Sachverständigenanhörung um 10 Uhr statt.

gez. Georg Fortmeier
Vorsitzender

4 Anlagen

21.12.2021/21.12.2021

10

Christian Loose

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Fon: (0211)884-4506 (dienstlich)
E-Mail: christian.loose@landtag.nrw.de



Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Fax: 0211 - 884 3124
AfD-Fraktion@Landtag.NRW.de

AfD-Landtagsfraktion NRW – Platz des Landtags 1 – 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des Ausschusses
für Wirtschaft, Energie und Landesplanung
Herrn Georg Fortmeier MdL

- im Hause –

Düsseldorf, 06.12.2021

Beantragung einer Aktuellen Viertelstunde

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

hiermit beantrage ich im Namen der AfD-Landtagsfraktion für die 89. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung am 08.12.2021 aus aktuellem Anlass eine Aktuelle Viertelstunde nach § 60 GO zu folgendem Gegenstand:

„Pyrotechnische Industrie vor dem Aus – Welche Auswirkungen hat das sog. Böller-Verkaufsverbot auf die Arbeitsplätze der pyrotechnischen Industrie insbesondere in Nordrhein-Westfalen?“

Bereits zum Jahreswechsel 2020 auf 2021 war als Ergebnis der seinerzeitigen Bund-Ländergespräche zur Corona-Pandemie das Überlassen solcher Gegenstände – also die tatsächliche Abgabe an Privatpersonen, unabhängig etwa vom Bestelldatum – verboten worden.

In der Folge hatten die so mit einem faktischen Umsatzverbot belegten Hersteller wie bspw. die Fa. Weco aus Eitorf im Rhein-Sieg Kreis mit massiven wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen.

Die neuerliche Anordnung, auch für den Jahreswechsel 2021 auf 2022 den Verkauf von Böllern und Feuerwerk zu verbieten, könnte das Aus für die pyrotechnische Industrie in Deutschland und deren 3.000 Arbeitsplätze bedeuten. Weco hatte bereits als Folge des ersten Verkaufsverbotes einen Standort geschlossen, jetzt steht das gesamte Unternehmen vor dem Aus. Am Standort Eitorf wären 400 Weco-Beschäftigte betroffen.

RTL News schreibt dazu am 04.12.2021: „Ein nochmaliges Verkaufsverbot für Feuerwerkskörper zu Silvester wegen der Corona-Pandemie würde der Hersteller Weco nach eigener Einschätzung nicht überstehen. Es würde "nicht nur den Todesstoß für das Eitorfer

Unternehmen, sondern für die allermeisten der Branche angehörigen Firmen bedeuten", teilte der Sprecher der Geschäftsführung, Thomas Schreiber, am Mittwoch mit. Das Verkaufsverbot 2020 hatte das Unternehmen mit Sitz in Nordrhein-Westfalen bereits in seine schwerste Firmenkrise seit Unternehmensgründung gestürzt. Rund ein Jahr lang habe es für die gesamte Belegschaft Kurzarbeit gegeben. Der Fertigungsstandort Freiberg (Sachsen) musste geschlossen werden. Ein weiteres Werk gibt es in Kiel. Trotz Überbrückungshilfen, die laut Unternehmensangaben nach wie vor nicht vollständig ausgezahlt wurden, sowie Kosteneinsparungen und standortübergreifender Kurzarbeit musste das Unternehmen zum Geschäftsjahresende einen Verlust in zweistelliger Millionenhöhe verzeichnen.¹

Die Schilderungen der Geschäftsführung belegen so auch das Bild, dass die Überbrückungshilfen welcher Art auch immer keine Gewähr für den Fortbestand von Unternehmen sind – nichts sichert deren Überleben mehr als Arbeit und Umsatz.

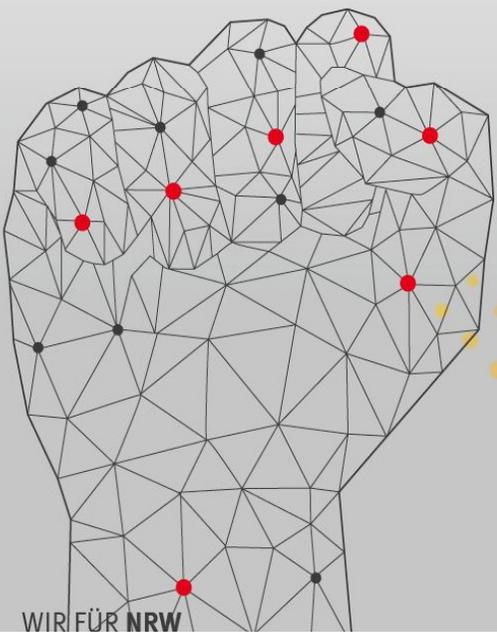
Der Ausschuss sollte daher in seiner nächsten Sitzung über den Sachverhalt und mögliche Befriedungsmaßnahmen beraten.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Loose

¹ Vgl. <https://www.rtl.de/cms/wegen-corona-kein-boellerverkauf-zu-silvester-weco-feuerwerk-fuerchtet-todesstoss-4877398.html>, abgerufen am 06.12.2021 um 09:29h.

STARK
aus der Krise



Landtag NRW
Wirtschaftsausschuss
08. Dezember 2021

WIR FÜR NRW

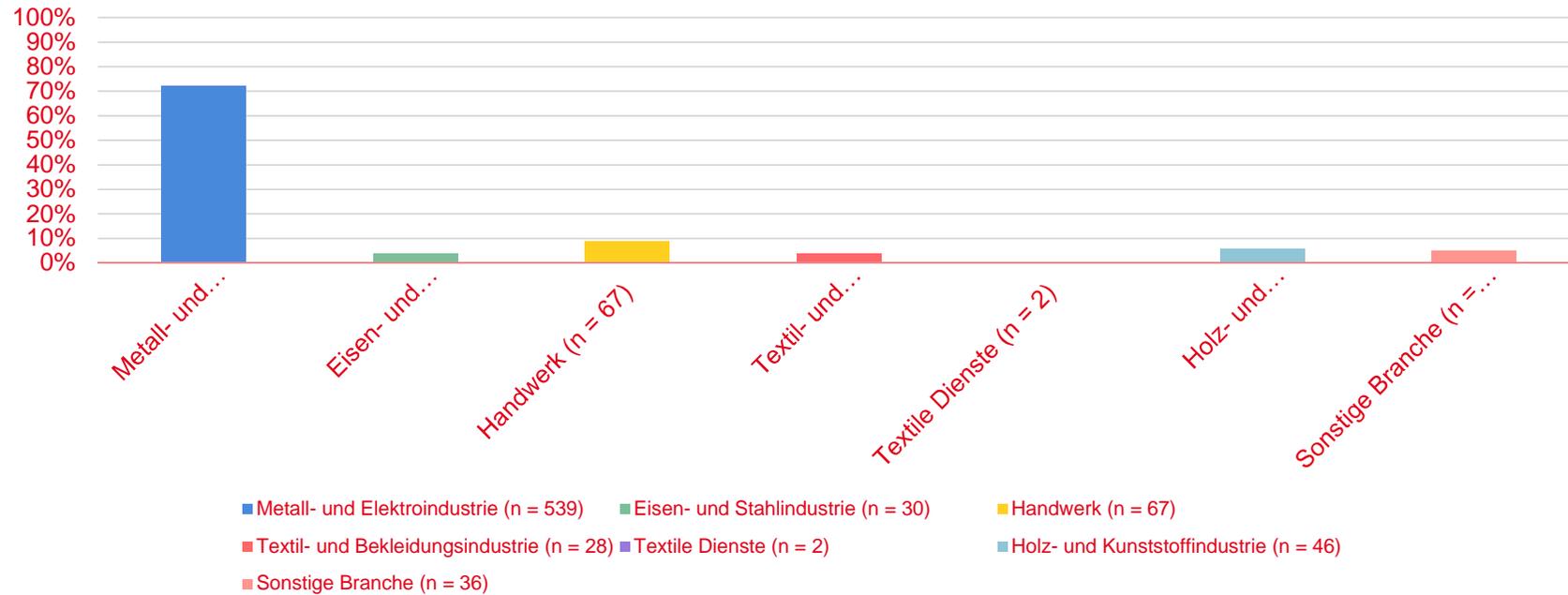




Allgemein

Anzahl der Antworten: 911
Antwortquote: 35 Prozent

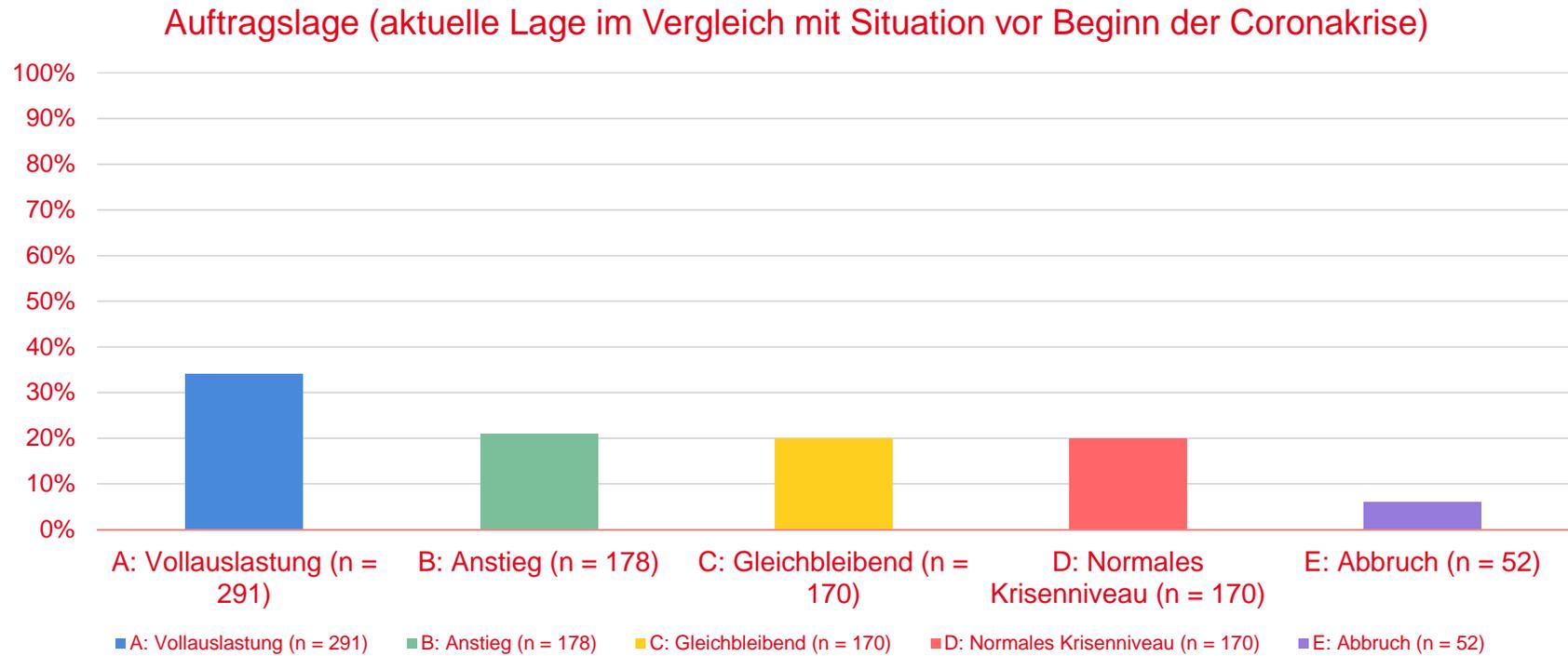
Zu welcher Branche gehört euer Betrieb?



IG Metall
Bezirk NRW



Betroffenheit Corona

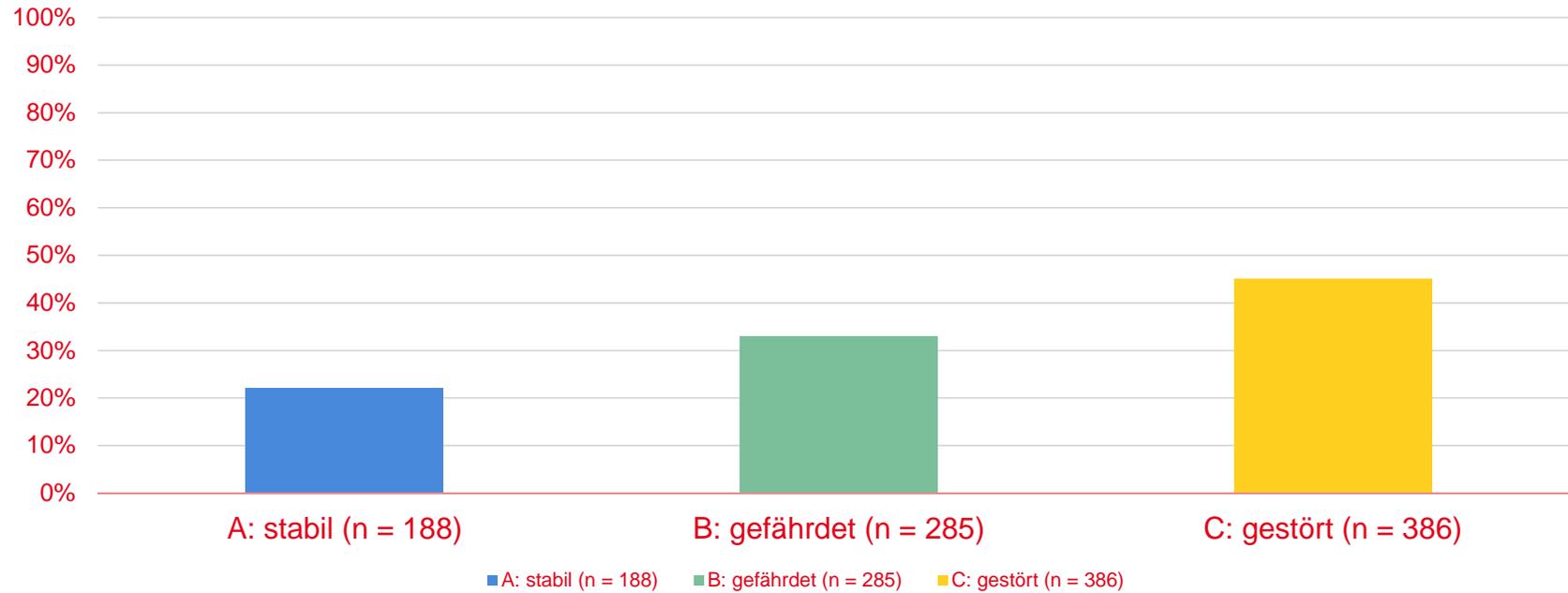


IG Metall
Bezirk NRW



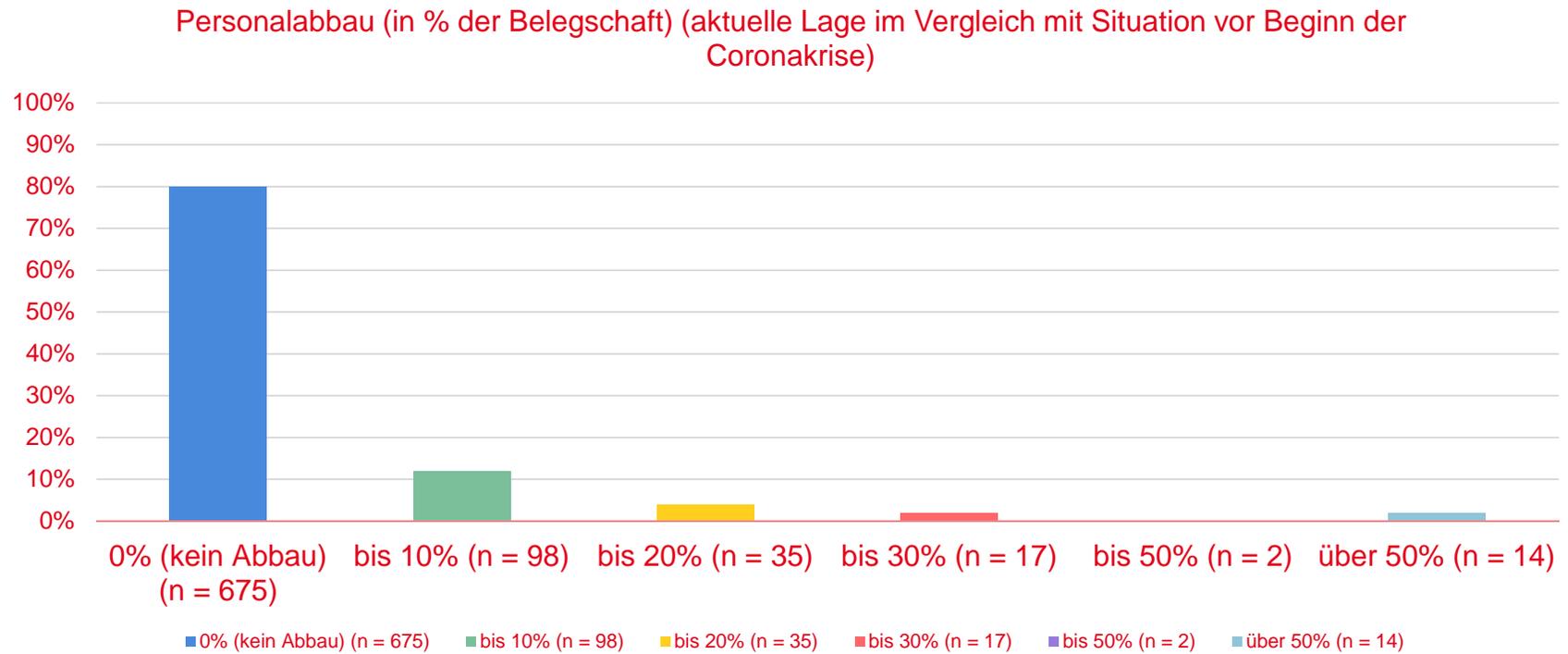
Betroffenheit Corona

Lieferkette



IG Metall
Bezirk NRW

Maßnahmen in Folge der Corona-Krise

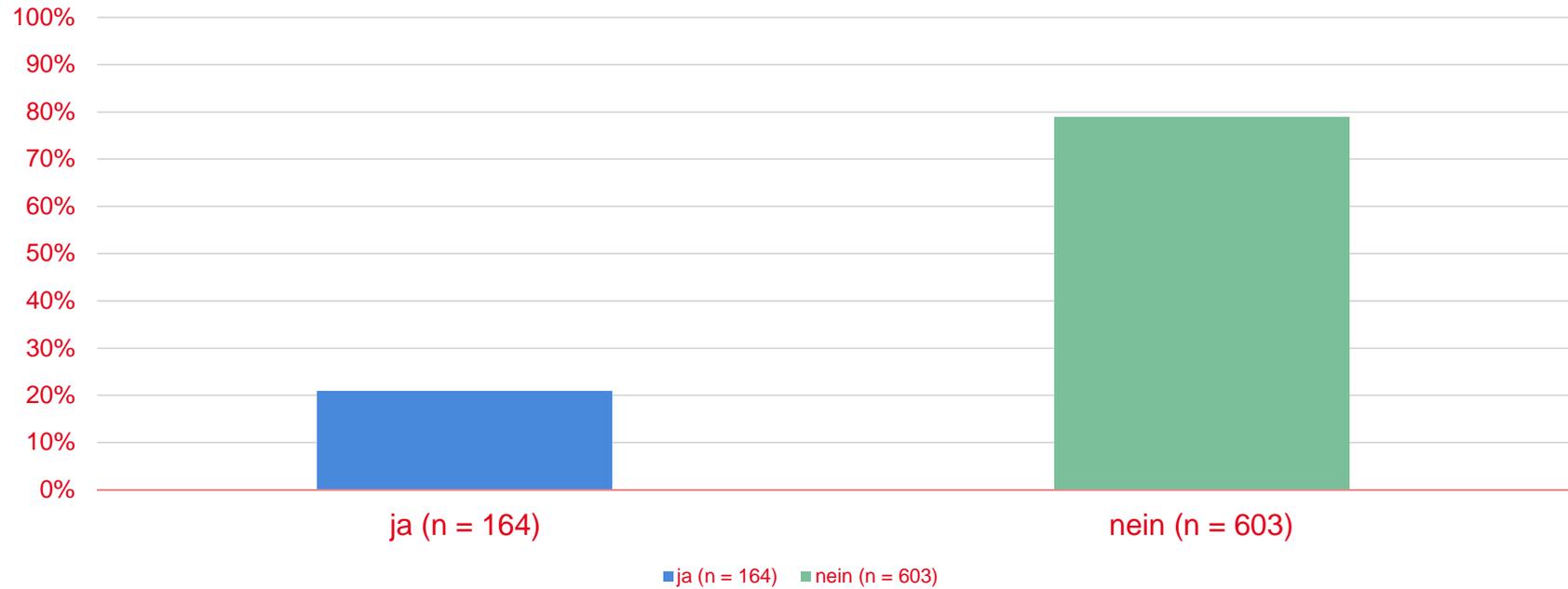


IG Metall
Bezirk NRW



Kurzarbeit

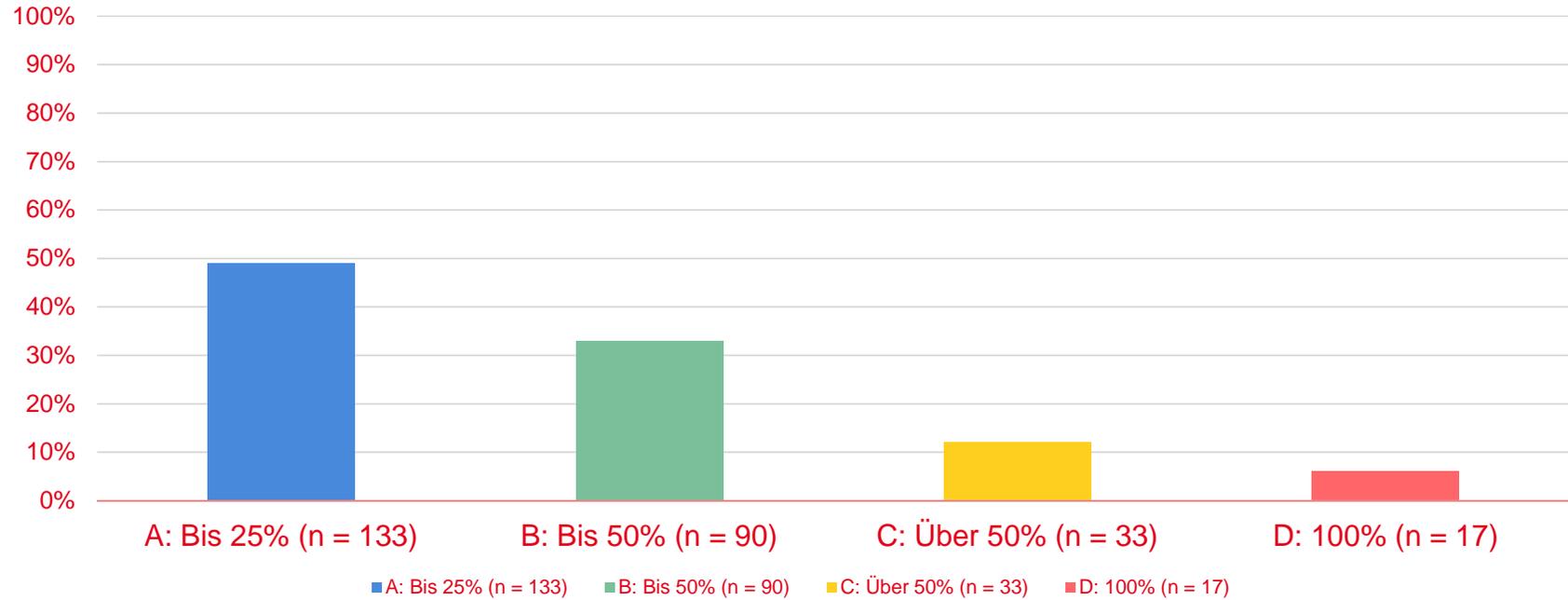
Kurzarbeit: Besteht oder geplant?





Kurzarbeit

Kurzarbeitstiefe: Um wie viel Prozent wird die Arbeitszeit abgesenkt?

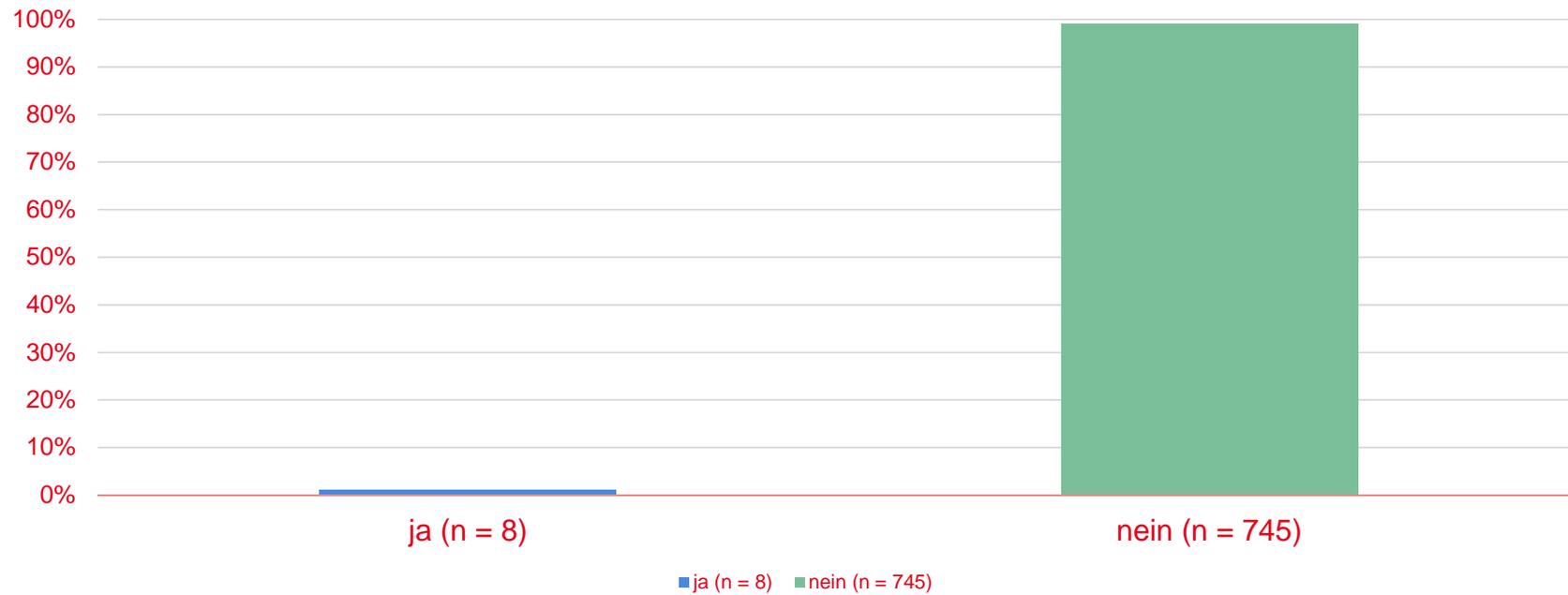


IG Metall
Bezirk NRW



Liquidität / Insolvenzgefahr

Betrieb ist in Insolvenz?

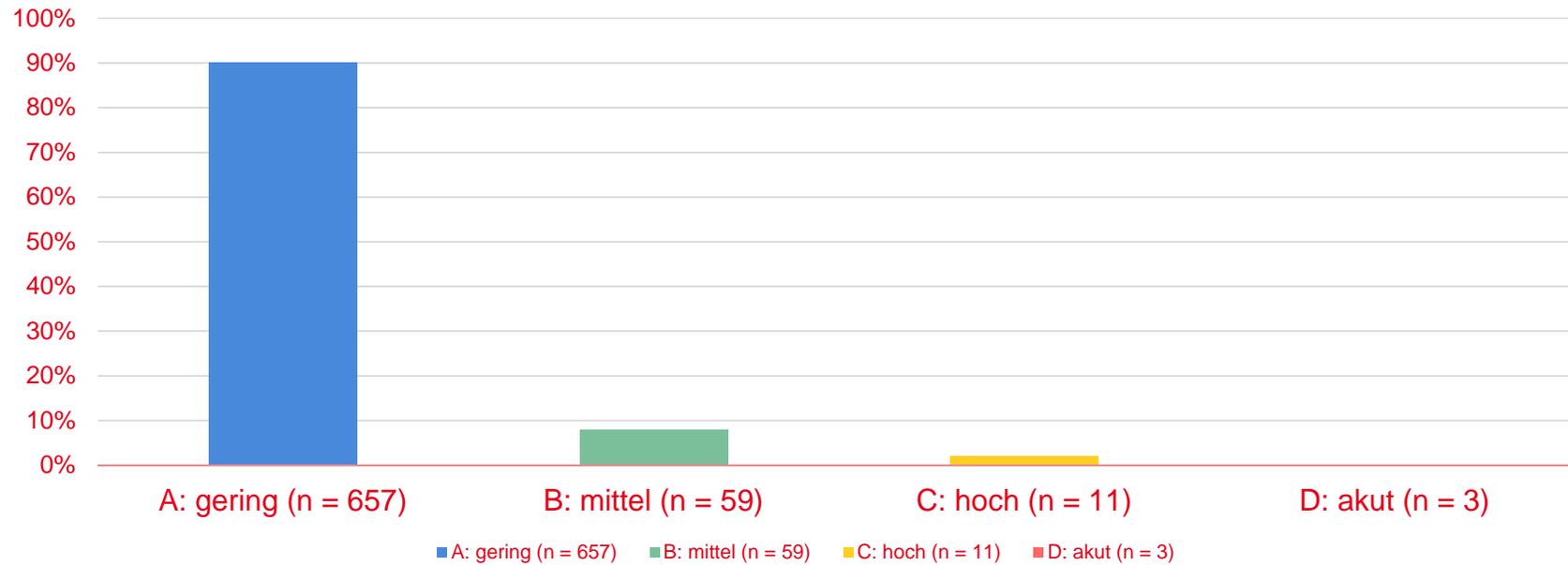


IG Metall
Bezirk NRW



Liquidität / Insolvenzgefahr

Wie hoch ist die Insolvenzgefahr innerhalb der nächsten 3 Monate (gering, mittel, hoch, akut)?

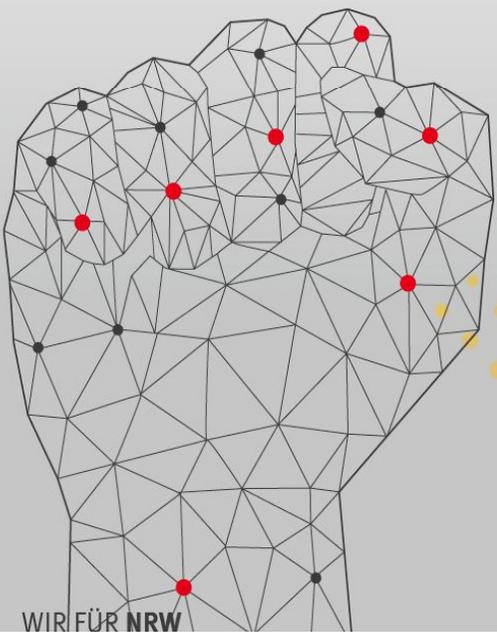


IG Metall
Bezirk NRW

STARK
aus der Krise



Danke für eure
Aufmerksamkeit



WIR FÜR NRW



**Frank Sundermann**Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

Landtag NRW • Frank Sundermann MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft,
Energie und Landesplanung
Herrn Georg Fortmeier

Platz des Landtags 1
D-40221 DüsseldorfTelefon: (0211) 884-2694
Fax: (0211) 884-3208
E-Mail: frank.sundermann@landtag.nrw.deper E-Mail: georg.fortmeier@landtag.nrw.de

Düsseldorf,

11.11.2021

Berichtswunsch für den Wirtschaftsausschuss am 17.11.2021

Sehr geehrter Herr Fortmeier,

zahlreiche Branchen und Betriebe in Nordrhein-Westfalen haben derzeit mit Problemen in ihren Lieferketten und bei ihren Zulieferern zu kämpfen. Insbesondere die Automobilzulieferer in Südwestfalen sind hier betroffen. Vielen Betrieben stehen ohnehin große Anpassungsherausforderungen mit Blick auf den Wandel zur Elektromobilität und zum autonomen Fahren bevor. Um diese Herausforderungen meistern zu können, müssen die Wertschöpfungsketten Automobil langfristig tragfähig gestaltet werden. Dafür tragen auch die großen deutschen Automobilhersteller (OEM) eine erhebliche Verantwortung.

Leider häufen sich derzeit Meldungen aus Betrieben, sowohl von Arbeitgeber- wie von Arbeitnehmerseite, dass durch die OEM ein extremer Kostendruck und sogar ein kostenunabhängiger Druck zur Verlagerung ganzer Produktionen auf viele Automobilzulieferer ausgeübt wird.

Zudem schlagen die wirtschaftlichen Risiken, die durch die derzeitigen Lieferengpässe, etwa bei Halbleitern, und die damit reduzierte Fertigung entstehen, bei den kleineren Zuliefererbetrieben durch. Diese geraten zunehmend in Liquiditäts- und Finanzierungsprobleme. Die Automobilhersteller lasten einen großen Teil des Unternehmer-Risikos auf Staat und Zulieferer ab. So liegen die Vorfinanzierung und Lagerkosten beim Zulieferer. Ein OEM entlastet sich, weil bestellte Aufträge an Zulieferer nicht abgerufen werden.

Vor diesem Hintergrund bitte ich in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung am 17.11.2021 um einen Bericht der Landesregierung und einen Tagesordnungspunkt zum Thema „Lage der Automobilzuliefererindustrie in NRW“. Hierbei bitten wir um die Berücksichtigung und Beantwortung der nachfolgenden Fragen.

1. Wie bewertet die Landesregierung die o.g. aktuelle Lage der Automobilindustrie?
2. Welche Risiken und Folgen entstehen dadurch für die Beschäftigten in der Branche (wie entwickelt sich z.B. die Kurzarbeit in der Branche in NRW)?
3. Welche Maßnahmen und Schritte seitens der Politik sind erforderlich und möglich, um den Unternehmen und ihren Beschäftigten in der Situation zu helfen?

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Zab...'. The signature is written in a cursive style with a long horizontal stroke extending to the right.

**Wibke Brems, Dipl.-Ing. (FH)**

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Stv. Fraktionsvorsitzende, Fraktionsgeschäftsführerin
Sprecherin für Energie, Klimaschutz, Bergbausicherheit
und Anti-Atom-Politik

Landtag NRW • Wibke Brems MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des Ausschusses für
Wirtschaft, Energie und Landesplanung
Herrn Georg Fortmeier MdL
- im Hause -

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf
Telefon: (0211) 884-2142
Fax: (0211) 884-3541
E-Mail: wibke.brems@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 26.11.2021

**Beantragung eines schriftlichen Berichtes für die Sitzung des Ausschusses für
Wirtschaft, Energie und Landesplanung am 08.12.2021**

Sehr geehrter Herr Fortmeier,

ich bitte für die GRÜNE Fraktion für die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung am 08. Dezember 2021 um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zum Thema „**Wie stellt sich der Abruf von der Landesregierung aus dem Corona-Rettungsschirm für Klimaschutz bereitgestellten Mittel dar?**“ und Aufnahme eines entsprechenden Tagesordnungspunktes in die Tagesordnung.

Die Landesregierung stellt insbesondere in Kapitel 300 des Einzelplanes 14 Haushaltsmittel für Klimaschutzmaßnahmen bereit. Darüber hinaus wurden seit 2020 aber auch mehrere Entnahmen aus dem Corona-Rettungsschirm für Klimaschutzmaßnahmen beschlossen. Ihre Wirksamkeit können diese Mittel allerdings nur entfalten, wenn sie auch tatsächlich abgerufen bzw. verausgabt werden.

Ich bitte die Landesregierung vor diesem Hintergrund um einen schriftlichen Bericht, mit tabellarischer Darstellung, der bisher beschlossenen Entnahmen aus dem Corona-Rettungsschirm mit Klimaschutzbezug und Gegenüberstellung mit den Ist-Ausgaben im Jahr 2020 sowie den Ist-Ausgaben im Jahr 2021. Daneben bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Gründe hat der geringe Mittelabfluss im Bereich kommunaler Klimaschutzinvestitionen und ggf. weiterer Bereiche?
2. In welcher Höhe erwartet die Landesregierung Mittelabflüsse aus den oben genannten Posten noch in 2021 und im Jahr 2022?
3. Welche weiteren Entnahmen aus dem Corona-Rettungsschirm plant die Landesregierung bis zum Ende der Legislaturperiode?

Mit freundlichen Grüßen

Wibke Brems MdL